

Gewerkschaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der Arbeiter und Unter-Angestellten in Gemeinde- und Staatsbetrieben

XXXII. Jahrgang

Berlin, 6. April 1928

Nummer 14

Inhaltsverzeichnis

Regiebetriebe V	Dr. G. Petermann
Unser Stellung	Senny Schumacher
Der Blumengarten	
Blumenschmuck	„Das kleine Blatt“, Wien
Zur Lohnbewegung der Berliner Gemeindearbeiter	C. B.
Petroleum V (Schluß)	Sinclair
Aus der öffentlichen Wirtschaft • Unsere Jugend • Aus Politik und Volkswirtschaft Reichs- und Staatsarbeiter • Landstrafenwärter • Aus unserer Bewegung • Aus den deutschen Gewerkschaften • Rundschau • Briefkasten	



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO. 36, Schleifische Straße 42 / Telephon: Moritzplatz 3105/06, 119 44

Kaufen Sie kein Rad!
 eine Sie mein. Praktikal. kostentr. haben
 V. 38 M an. Hoch-
 feines Luxus-Elfe-
 Tourenrad, 5 Jahre
 Garantie, rotem la
 Pneumatik-Freilauf
 m. Rücktrittbremse,
 heller, vernickelter Ledersattel, Tasche,
 Werkzeug, gelbe Felgen, Glocke, Pumpe,
 elektrische Lampe **68 M.** Versand über-
 Große Auswahl in Touren-, prachtvollen
 Damenrädern, rassigen, bildschönen
 Straßenrennern. Vertreter gesucht
Teilzahlungsräder 10M Anzahl-
 Lauffmantel 2.35, 2.75, 3.95 Garantie
 Schläuche 1.30, Rahmen 18 M., Griffe 0.20
 Schlawe, Berlin 305, Weinmeisterstr. 4

Photo
Apparate
 Sehr leichte
 Zahlungsweise!
 Preisliste kostenfrei
Dresdenia
 Kamera-Vertrieb
 Dresden A24 27
 Spezialhaus für Fotografie

Billigste u. reellste neuen Gänsefedern
 Bezugsquelle in
 wie von der Gans gerupft mit vollen Daunen
 Pfd. 3.00, dieselben doppelt gerissen 3.50,
 kleine Federn Halbdauen 5.00, sehr zarte
 6.00, dreiviertel Daun. 6.50, gerupfte, gerissene
 Federn mit Daunen 4.00 u. 5.00, hochprima 5.75,
 allerfeinste 7.50, la. Volldaun. 9.00 u. 10.50. Für
 reelle staubfr. Ware Garant. Nehme nicht gew.
 auf meine Kosten zurück. Versand gegen
 Nachnahme, ab 5 Pfd. portofreie Lieferung
 Rudolf Glitsch, Gläusermaast., geg. 1852, Neu-Trebbin 3, Oderbruch

Blumenspenden
 jed. Art lief. frei Haus
 preiswert an Parier- u.
 Gewerksch.-Genoss.
Paul Golletz (P)
 Berlin, Mariannenstr. 3
 Amt Moritzplatz 10309
Heimarbeitsvergift
 P. Hölter, Breslau 11b.

Raucht
GARBÁTY
Baccarat


Theater- u. Reiseglas
 wie Abbild, mit Elui 3, 25
 zum Spottpreis v. M.
 Güteh. Herren-Tasch. 2, 90
 Anker-Uhr. von M. 2, an
 Armband-Uhren für
 Herren und Damen 5, 90
 von M. 5, 90
 Photo-Kamera, 4 1/2 x 6 cm, nur M. 1,20
 Photo-Platten, Kassetten, Füllfeder-
 halter, Taschenapotheken usw.
 Versand nur unter Nachnahme.
 Illustrierter Katalog gratis.
Willy Bock, G. m. b. H., Berlin W30 / Gw.

Erstkl. gebrauchte
Photo-
Apparate
 weit unter Preis
 a-zugaben.
Photo-Hoff,
 Rhöndorf am Rhein
Eisen- Me-
stahl-Betten, Kinder-
Stahmatratzen, günstig an Private, Katal.
 147 frei. **Eisenmöbelabrik Sahl (Thür.)**

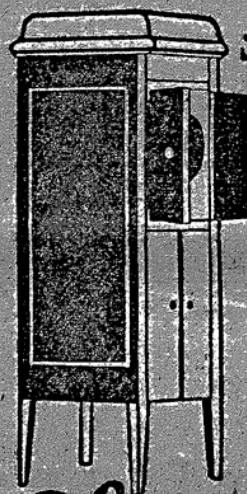
Unsere Spezialität:
Alpaca-
Silber-
Bestecke
 Garantie für beste Qualität — liefern wir
 direkt an Private, 6 Monate Ziel — 8 Tage
 zur Ansicht. Fordern Sie unsere Preisliste.
E. u. H. Kramer, Mettmann, Rhld. S.

Alpaca- u. Silber-Bestecke
 liefern direkt an Private
 6 Monate Kredit (P)
M. Haas & Co. Fabrik feiner
 Tafelbestecke **Mettmann 31**
 Fordern Sie Muster u. Kataloge.

Reellste Bezugsquelle:
Neue Gänsefedern
 wie von der Gans gerupft mit voll. Daunen
 dopp. gereinigt Pfd. 2.50, dies. beste Qualit.
 3.50, nur kl. Federn (Halbdauen) 5.00, 1/2
 Daunen 6.75, gerein. gerissene Federn mit
 Daunen 4.00 und 5.00, hochprima 5.75, aller-
 feinste 7.50, la. Volldaunen 9.00 u. 10.50. Für
 reelle staubfr. Ware Garantie. Versand geg.
 Nachn. ab 5 Pfd. portofr. Nichtgefall. nehme
 auf meine Kosten zurück. **Willy Mantuffel,**
 Gänsem. Geg. 1852, Neutrebbin 3b (Oderbr.)

Nach **1000** mal Über-
 legung

Wenn eine
 Sprechmaschine-
 dann nur ein
Abcophon!



Warum?
 Weil Abco Garantie leistet
 und trotzdem billiger ist als überall
 von **1.75** wöchentlich an
 Trotz Teilzahlung Kassapreise
 ohne Erhöhung! Prima Qualität!
 Man verlange sofort kostenlos Katalog!
Kaufe jetzt — zahle später!
 Schallplatten aller Marken
 auf Teilzahlung.

Abco G.M.B.H. BERLIN SW 68
 Abteil. N KOCHSTR. 73

Sprechmaschinen
 von 12 Mark
 an bis
 in
 Qualität
 auch gegen bequeme
 Raten. Alle sonstigen
 Musikinstrum. Nürn-
 berger Spielwaren.
 Katalog kostenlos (P)
 „Hennibal“-Ges., Halle-S. 111

Zigaretten
 ein toller Genuss
 Zerkoni 5 Pf.
 Thadmor 4 Pf.
 Arbeitersportler 4 Pf.
 IM KONSUMVEREIN

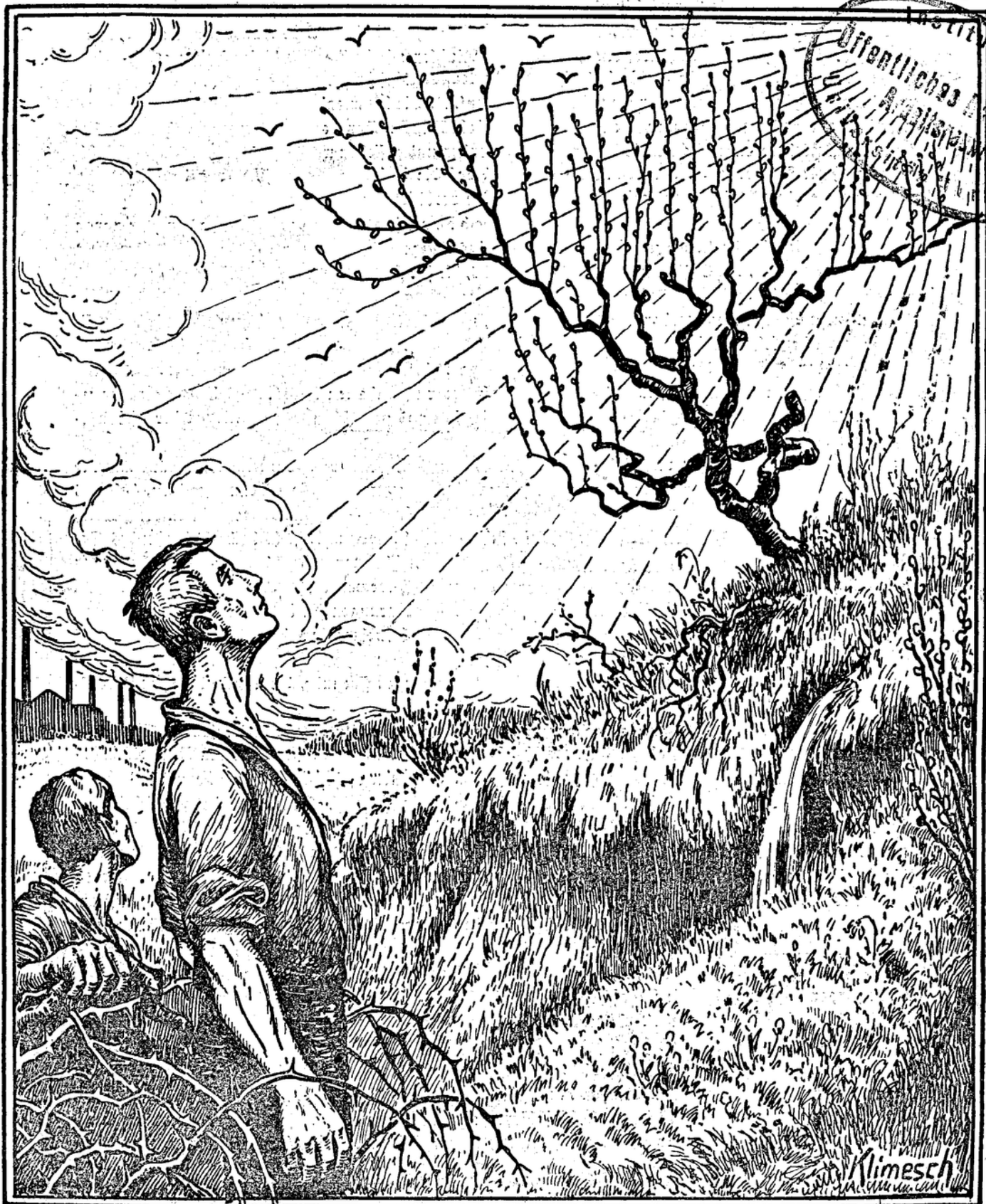
Sigurd
 das Rad für Alle
 unverwundlich, von schneidigem Bau und spielendem
 Lauf. 3 Jahre Garantie! Besonders niedrige Preise, weil
 direkt ab Fabrik.
Spezialrad schon für M. 38.-
 Fahrradteile, Photos und Sportartikel, Musikwaren, Uhren,
 Geschenk- u. Haushaltartikel sehr preiswert in nur bester Qualität.
 Hunderttausende zufriedener Kunden! Verlangen Sie kostenlos
 und ohne Kaufzwang den Prachtkatalog der
Sigurd Gesellschaft Fahrrad-Fabrik Hassel 107
 bequeme
Teilzahlung

XXXII. Jahrg. Berlin, den 6. April 1928

Nummer 14

Gewerkschaft

Organ des Verbandes
Der Gemeinde- und Staatsarbeiter





in harter Winter liegt hinter uns. Nun aber wandelt sich die Natur, nur wenige Tage noch und das Frühlingsgrün sprießt überall hervor. Es knospet und treibt und alle Hoffnung der Menschen steigert sich in diesen Tagen und erwartet Erfüllung. Alljährlich kehrt das gleiche Frühlingswunder wieder und doch werden wir Menschen immer wieder von neuem davon erfaßt. Seit Jahrtausenden verbindet die Menschheit mit dem Auf-
erstehen der Natur die Hoffnung auf soziale Auferstehung und Befreiung der Völker.

Soziale Auferstehung! Die Menschen haben die Hoffnung und, soweit sie Sozialisten sind, die Zuversicht und Gewißheit, daß einmal alle sozialen Schranken weggerissen werden, die Menschen wirklich Brüder werden, in Frieden und Eintracht auf dieser Erde wandeln und alle Waffen von sich werfen. Bis dahin ist freilich noch ein weiter Weg. Müßten wir doch erst in diesen Tagen erleben, daß die im Völkerbund Vereinigten in Genf nicht einmal eine Rüstungsbeschränkung ihrer in Waffen starrenden Völker wollten. Trotzdem glauben wir an die wachsende Erkenntnis. Die kommenden Wochen vor den Reichstagswahlen sind besonders dazu angetan, unsere Hoffnungen zu bekräftigen. Denn alle Programme und Reden der verschiedensten Parteien wenden sich an die Millionen Arbeitenden und gestehen wenigstens während dieser Wahlzeit zu, daß auch die Millionen Unrechte haben müssen und daß die Befreiung der Völker von den ungeheuer starken Hemmungen des Kapitalismus erfolgen soll. Selbst die verbissensten Arbeiterfeinde treten jetzt etwas in den Hintergrund, in der Hoffnung, das deutsche Volk bleibe noch immer so wenig aufgeklärt, daß es auch im neuen Wahlkampf nicht unterscheiden könne zwischen den Parteien des Bürgerblocks und der Rückständigkeit einerseits und der Arbeiterpartei, der Sozialdemokratie, andererseits, die für Kulturfortschritt, soziale Gesetzgebung und Befreiung der Völker kämpft.

Die Millionen Schaffenden werden gerade in diesen Ostertagen alle Veranlassung haben, sich mit den politischen Vorgängen der letzten Jahre etwas gründlicher zu beschäftigen. Sie haben jetzt Gelegenheit, abzurechnen mit den hemmenden Kräften, die unsere soziale Auferstehung und Befreiung verhindern möchten. Beamte, Arbeiter und Angestellte wollen stärksten Anteil an den Kulturerrungenschaften haben. Das kann aber nur erreicht werden durch stete Aufklärungsarbeit der gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterschaft und ihrer Mitglieder . . .

Ostern bedeutet aber auch für viele junge Menschen eine neue Lebensstufe. Sie kommen heraus aus der Schule, die sie allzuoft als Zwangsanstalt empfunden haben. Aber bald werden sie erkennen müssen, daß das Leben, was sie jetzt umschließt, noch viel stärkeren Zwang ausübt. Jetzt gehen die Hunderttausende in die Fabrik, Handwerk oder Bureau. Das düstere Fabrikator schließt sich und im Hintergrunde steht bald als drohendes Gespenst Arbeitslosigkeit und Not. Nicht einmal eine kurze Ferienzeit ist ihnen gesehlich gewährleistet trotz aller Mühen der Jugendorganisationen, der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. Wohl ist es einer Anzahl Gewerkschaften gelungen, in ihren Tarifverträgen solche Ferienvereinbarungen für Jugendliche und Erwachsene durchzusetzen. Aber nur im steten Kampf und Ringen mit dem Unternehmertum konnte das gelingen. Das Unternehmertum will keine Sozialpolitik und den bürgerlichen Parteien muß im Reichstag jeder kleinste sozialpolitische Fortschritt mühsam abgerungen werden. Das können die jungen Freunde, die nun in die neue Lebensstufe eintreten, freilich noch nicht erkennen. Sie befinden sich fast alle in einer Osterstimmung, die als Fröhlichkeit und Lebenslust der jungen Generation gekennzeichnet werden kann. Unterdessen kämpfen die Älteren in den Organisationen mit Erbitterung, aber mit Zuversicht. Und wenn sie in diesen Ostertagen den Blick ein Jahrzehnt oder zwei zurückwerfen auf das Errungene, so mag dem einzelnen wohl der Eindruck kommen, daß für ihn weder eine Sicherung, noch ein befriedigender Lebenszustand gekommen ist. Dennoch ist der Fortschritt auf politischem, sozialem und wirtschaftlichem Wege unverkennbar. Wir haben auch das Vertrauen für die Zukunft und die neue Generation, die nun heranwächst, wird den Aufgaben des Tages gewachsen sein, wenn sie ebenso unermüdet wie die alte sich rührt. Sie darf nur das Heil, die Auferstehung und Befreiung nicht von anderen erwarten, sondern die Arbeiterklasse als Ganzes muß ihr Los in die eigene Hand nehmen, muß ihr Ostern, ihre Auferstehung sich erringen. Freiheit und Gleichheit streben wir an als Recht für alle. Freiheit ist aber nur möglich in einem demokratischen Staat! Die Gewerkschaften sind demokratische Institutionen und innerhalb dieser Organisationen muß sich auch die junge Generation einfügen und den Kampf führen.

In den jungen Jahren haben die Menschen zumeist ein starkes Lebensgefühl, das im Kampf mit dem Leben selbst später allzuoft entwindet. Ostern, das Fest der Auferstehung, soll uns zum Bewußtsein bringen, daß wir dauernd für Befreiung und Fortschritt auf wirtschaftlichem, politischem und sozialem Gebiet arbeiten müssen. Diesen Kampf führen wirtschaftlich die Gewerkschaften, politisch führt ihn die Sozialdemokratie. So erkennen wir klar, daß in den nächsten Wochen in verstärktem Maße Aufklärung und Agitation erfolgen muß. Aufklärung über unsere gewerkschaftlichen Ziele, Aufklärung aber auch über die politischen Aufgaben unserer Zeit, damit wir in einer neuen Volksvertretung unseren Zielen verstärkten Nachdruck geben können. E. D.

Regiebetriebe

V. Sozialpolitisches.

Bei allen Gütern, die zu einer Lebensfrage für die Bevölkerung dadurch werden, daß für sie Ersatz nicht geschaffen werden kann, wie z. B. beim Wasser und in weiterem Sinne auch beim Gas und der Elektrizität, ja auch der Straßenbahn, ist es die Pflicht der Gemeinde, sich von Einflüssen egoistischer Art zu befreien. Denn es spielen hier Momente hinein, die mehr zu bedeuten haben als die Frage der Wirtschaftsform. Ein nicht unwesentliches ist die Willkür, denen die Konsumenten unterworfen werden, und die Erfahrung hat gelehrt, daß man selbst den berechtigten Klagen ablehnend gegenüber stand. (Lindemann.) Wenn auch die Bevölkerung gegen eine übermäßige Gewinnpolitik der privaten Unternehmer von derartigen Produktionsobjekten durch Verträge einigermaßen geschützt werden kann, so hat sie doch so gut wie keine Möglichkeit, sich gegen eine zeitweilige Verminderung der Qualität zu schützen. Denn man muß bedenken, daß der Inhaber der Konzession zum Betriebe eines Wasser- oder Gaswerkes nicht das geringste Interesse daran hat, die Qualität so sorgfältig zu überwachen, wie etwa dies von Seiten der Gemeinde geschieht. Besonders beim Wasser ist durch Verseuchung eine direkte Lebensgefahr vorhanden.

Es ist wohl auch anzunehmen, daß heute Konzessionen für oben erwähnte Produktionszweige kaum noch erteilt werden. Schon die Konzessionierung allein ist in den meisten Fällen eine finanzielle Schädigung der Gemeinde, gegen die der Nutzen, den die Gemeindekasse dabei hat, gering in die Waagschale fällt. So wurde beispielsweise die Konzession der Straßenbahn in Berlin für 20 Millionen überlassen und damit die Ausbeutung einer wichtigen Einrichtung des täglichen Bedarfs ermöglicht. Sie hat den Aktionären Hunderte von Millionen eingebracht, die der Bevölkerung hätten zugute kommen können. (Schiff.) Ob dies direkt durch Tarissenkung oder durch Vermeidung anderer Steuerquellen erfolgt, ist praktisch für die Gemeindefinanzen gleichgültig. Nicht aber für die Bevölkerung, die ein erhebliches Interesse daran hat, indirekte Steuern, die keine Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage des einzelnen nehmen, zu vermeiden.

Im Zusammenhang hiermit muß die Frage erörtert werden, ob das heutige Tarifsystem überhaupt Anspruch auf Beibehaltung hat, eben wegen seiner unsozialen Auswirkung. Wenn es auch Schwierigkeiten machen dürfte, eine weitere Erhöhung der Tarife vorzunehmen (man behilft sich beim Gas z. B. mit Kalorierverminderung), so wird doch bei der relativ zunehmenden Verarmung breiter Volksschichten diesen eine ausgiebige Benutzung von Kulturgütern wie Gas und Elektrizität unmöglich gemacht. Hier kann nur eine wesentliche Milderung Abhilfe schaffen: der Staffeltarif. Seine Einführung verursacht verwaltungstechnische Schwierigkeiten, darüber ist sich der Verfasser durchaus im klaren, sie ist aber nicht unmöglich.

Ein wesentlicher Faktor bei privatwirtschaftlichen Betrieben ist in der Rentabilität das Unkostenkonto. Man versucht es auf Kosten der Arbeiterfürsorge und Arbeitshygiene niedrig zu halten. Das trifft ganz besonders bei kleineren und mittleren Unternehmen zu. Hier haben die Regiebetriebe eine kulturelle und soziale Aufgabe zu erfüllen. Sie sollen Mustereinrichtungen schaffen, die allen Privatunternehmern zur Nachahmung dienen können. (Bücher.)

Was schließlich die Arbeitsbedingungen anbelangt, so ist es klar, daß ein Lord Avebury sehr in Sorge gerät, weil durch „Wahl-
druck“ eine Derwischung der Lohnverhältnisse eintreten könnte. Das war bis jetzt nicht der Fall. Früher wurden die Arbeiter in den Staats- und Stadtbetrieben sehr schlecht bezahlt und heute stehen sie im allgemeinen unter dem Lohndurchschnitt. Auch in den Gemeinden, wo eine parlamentarische Arbeitermehrheit vorhanden ist, sind die Bäume durchaus nicht in den Himmel gewachsen. Dabei ist es durchaus gerechtfertigt, wenn auch die Arbeitsbedingungen in den Kommunen vorbildlich sind. An diesem Satz ist nicht zu rütteln, sagt Grimm.

Die Gegner des Regiebetriebes.

Vom Lande der freiesten Konkurrenz, von England, ging der Ruf aus zur Derstadtlichung aller aufs Gemeinwohl gerichteten Anlagen (Bücher), und ausgerechnet Lord Avebury, ein Engländer, ist es, der zu den ältesten Gegnern der Regiebetriebe gehört und dies in einer längeren Schrift zu begründen versucht. Lord Avebury, der nebenbei bemerkt soziale Fürsorge mit Sozialismus verwechselt, stützt sich auf einige da und dort vorgekommenen Mißgriffe und glaubt damit das System ad absurdum führen zu können. Den gewaltigsten Irrtum begeht er aber in der Be-

kämpfung der kommunalen Monopole, sie sind der Angelpunkt seiner ganzen Darstellung. Wohl fördert heißer Konkurrenzkampf die Entwicklung, aber — und das ist doch eine Binsenweisheit — am Ende dieser Entwicklung kommt Kartell, Syndikat und Trust, also Ausschaltung der Konkurrenz und Monopol. Aber ein Monopol in den Händen weniger Kapitalisten, ein Monopol ohne die Kontrolle der Gemeinde und öffentlichen Meinung, ein Monopol, in dem der egoistische Kapitalismus rücksichtslos herrscht. Die Mahnung Kollmanns, daß Ablehnung der Regiebetriebe eine Förderung der Monopolgefahr bedeutet, ist nur allzu gerechtfertigt.

Es fällt auch den Gegnern gar nicht ein, sich einmal ein Bild davon zu machen, was es für einen Ort zu bedeuten hat, wenn eine Anzahl von Unternehmern auf den Straßen und Plätzen Rechte ausüben, die stark das öffentliche Leben beeinträchtigen können. Dieser Umstand allein ist für v. Kaufmann maßgeblich, den Privatbetrieb hier abzulehnen, weil jede Veranstaltung, die das Straßennetz einer Gemeinde notwendigerweise in Anspruch nimmt, wie Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Kanalisation und Straßenbahn in einer leitenden Hand vereinigt bleiben muß.

Ebenso irrelevant ist es, in der privatkapitalistischen Wirtschaftsform ein förderndes Medium für Erfindungen und Entdeckungen festzustellen. Möglich, daß es in England so ist und auch in Deutschland bei manchen Leuten die Sucht, reich zu werden, dabei das primäre ist. Der wahre Erfinder aber — und das muß mit aller Deutlichkeit betont werden — ist ein echter Künstler und genau wie dieser durchdrungen von seiner Idee und nur ein Streben kennend, ihr Form und Gestaltung zu geben, ihr zum Siege zu verhelfen. Die Forscher und Entdecker aber sind fast durchweg Staatsdiener und ihre bedeutenden Verdienste beweisen gerade das Gegenteil von dem, was Lord Avebury gern beweisen möchte.

Es wäre Zeitvergeudung, sich näher mit den von Einseitigkeit und mancher unbewiesenen Behauptungen getragenen Ausführungen Lord Aveburys näher zu beschäftigen, wenn nicht gerade sie in Deutschland sehr viel Beachtung gefunden hätten, wegen des beträchtlichen Ansehens, das der Verfasser genießt. E. Schiff hat es unternommen, in vortrefflicher Weise ihm entgegenzutreten, und wenn man auch nicht in allen Punkten ihm beipflichten kann, so hätten doch die gegebenen Anregungen zu Reformen mehr Beachtung finden sollen.

Den Fehler Aveburys, Einzelercheinungen zu verallgemeinern, begehen auch andere Autoren und statt Reformen, fordern sie Beseitigung des Regiebetriebes. Uebersehen aber dabei ganz, daß auch jeder privatkapitalistische Betrieb Irrtümer und Kinderkrankheiten durchlaufen hat. Wenn diese aber ausschlaggebende Momente sein sollen, dann begibt man sich auf abschüssiges Terrain und kann ebensogut die Verdammung der privaten Betriebe argumentieren. Es sei denn, daß der Flor dieser Art von Betriebe abhängt von der Sachkunde desjenigen Bankgewaltigen, der das größte Aktienpaket in seinem Tresor liegen hat.

Das Ideal aller Regiegegner ist die freie Wirtschaft. Was sie in ihrer letzten Konsequenz zu bedeuten hat, ist bereits dargelegt worden. Wie sie sich aber bereits ausgewirkt hat, dafür gibt es ein Beispiel, das zum Nachdenken reizen sollte. Es entbehrt nicht eines gewissen Humors, allerdings mit einer für den Geldbeutel der Betroffenen fatalen Pointe. In Frankfurt (Main) wirkten zwei private Gasgesellschaften nebeneinander in der gerühmten freien Konkurrenz, indem sie sich schiedlich, friedlich in die Ausnützung der Konsumenten und auch der Gewinne teilten. (Lindemann.)

Und wollen sie mein Auge blenden,
verfinstert drum die Sonne sich?
Und wenn sie mich zum Kerker senden,
die Freiheit steigt auch ohne mich.
Und wenn sie mir die Hand auch binden,
weil sie die Feder schwang als Schwert, —
es wird sich Hand und Feder finden,
so lang ein Herz nach Licht begehrt.
Und ob sich auch in Finsternissen
mein Wort, der Freiheitshauch, verlor —
den einen Ton wird man nicht missen,
im tausendstimm'gen Donnerchor.
Deshalb wird nicht der Frühling enden,
mit Sang und Klang, mit Licht und Schall;
weil ihr mit tölpelhaften Händen
erschluget eine Nachtigall.

Friedrich v. Sallet.

Aus der öffentlichen Wirtschaft

Die Berliner städtischen Werke. Die Jahresabschlüsse der drei großen städtischen Werke für Gas, Wasser und Elektrizität lassen erkennen, daß die Werke ihre Aufwärtsbewegung fortgesetzt haben. Die Leistungsfähigkeit ist gestiegen. Durch Verbesserung und Rationalisierung wurden erhebliche finanzielle Erfolge erzielt. Die Gaswerke, die es besonders schwer haben, weil der elektrische Strom unaufhaltbar auf dem Gebiete der Beleuchtung vordringt, haben dennoch ihre Gasabgabe von 458,8 Millionen cbm im Jahre 1926 auf 474,5 cbm im Jahre 1927 steigern können, das heißt, um 3,4 Proz. Die Zahl der Gasabnehmer ist von 974 000 auf 960 000 gestiegen. Zwei veraltete Werke in Oberschöneweide und Spandau wurden außer Betrieb gesetzt. Bei den Wasserwerken ist die Erzeugung infolge erheblicher Steigerung des Konsums bedeutend gewachsen. Die alten Werke mußten zum Teil modernisiert, zum Teil durch neue Anlagen erweitert werden. Die Tagesleistung des Werkes Kaulsdorfer Busch ist durch neue Brunnenanlagen und Dieselmotore auf 50 000 cbm Grundwasser erhöht worden. Das Werk Müggelsee wurde ebenfalls auf elektrischen und Dieselmotorenbetrieb umgestellt. Im Anfang des Sommers

1928 wird das Werk Stolpe in Betrieb genommen, dessen Leistung von 12 000 auf 100 000 cbm erhöht werden soll. Das Werk Tegel soll von seiner jetzigen Tagesleistung von 85 000 cbm auf eine Leistung von 250 000 cbm gebracht werden. Nach Fertigstellung all dieser neuen Anlagen wird die Tagesleistung der städtischen Wasserwerke 1 Million cbm erreichen. Leider war es auch im Sommer 1927 nicht möglich, die privaten Charlottenburger Wasserwerke zu einer Angleichung ihres höheren Tarifes an den Tarif der städtischen Werke zu bewegen. In einer stürmischen Entwicklung befinden sich die städtischen Elektrizitätswerke. Der Berliner

Stromverbrauch hat sich im Jahre 1927 auf 898 Millionen kWh erhöht, während er 1926 705 Millionen kWh betrug und 1924 nur 451 Millionen. Innerhalb dreier Jahre ist also eine Verdoppelung des Stromverbrauches eingetreten. Dennoch beträgt der Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung erst 239 kWh, gegen bis zu 1000 kWh in den großen Städten Amerikas. Für die nächsten fünf Jahre haben die Berliner Werke wiederum mit einer Verdoppelung des Verbrauches zu rechnen. Die Werke werden nach sorgfältigen Berechnungen im Jahre 1932 eine Gesamtbelastung von 720 000 kW erreichen, während die jetzige Belastung etwa 300 000 kW beträgt. Die Leistungsfähigkeit der elektrischen Kraftquellen wird von 500 000 kW um rund 465 000 kW erhöht werden müssen. Die für das Jahre 1928 zu erwartende Mehrbelastung soll zunächst durch starken Einsatz der vorhandenen Batterien durch Aufstellung eines 20 000 kW-Generators im alten Kraftwerk Rummelsburg und durch die Übernahme des alten Kraftwerkes Spandau gedeckt werden. Im Jahre 1929 wird die neue Anlage im Kraftwerk Charlottenburg mit einer Leistung von 40 000 kW in Betrieb genommen werden. Darüber hinaus wird während der Winter-Spitzenbelastung der Fernstrombezug von den Elektrowerken um 50 000 kW erhöht.

Im Jahre 1928 beginnt der Bau des Westkraftwerkes, das am unteren Laufe der Spree, in der Nähe des Kraftwerkes Untersee der Hoch- und Untergrundbahn errichtet wird. Der Bau dieses Westkraftwerkes ist erforderlich, weil sich der Schwerpunkt des Verbrauches allmählich nach dem Westen verschiebt und im Osten ja bereits das Großkraftwerk Klingenberg vorhanden ist. Mit dem Jahre 1932 wird dann auch die Vergrößerung des Klingenberg-Werkes erfolgen müssen. Der Geldbedarf für diese Bauten beträgt insgesamt 98 Millionen Reichsmark. Das Westkraftwerk soll als Spitzenkraftwerk arbeiten.

Die Aufwärtsbewegung der städtischen Werke erfordert also einen sehr erheblichen Kapitalbedarf. Das gilt in erster Linie für Elektrizitätswerke und ferner für Wasserwerke. Die Gaswerke haben bisher — ihrer langsameren Entwicklung entsprechend ohne neues Kapital auskommen können. Die Frage der Kapitalbeschaffung ist jedoch vorerst noch nicht gelöst.

Wenn man bedenkt, daß eine Stadt wie Berlin laufend große Investitionen vornehmen muß, um nur einigermaßen den wachsen-

den Anforderungen nachkommen zu können, so sieht man, wie dringend nötig eine Finanzpolitik ist, die den Städten volle Bewegungsfreiheit gibt.

Preisaußschreiben über die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden. Das von der Hamburgischen wissenschaftlichen Stiftung im Jahre 1926 erlassene Preisaußschreiben über „Art und Umfang der wirtschaftlichen Betätigung von Reich, Ländern und Kommunen in Deutschland“ hat ein unbefriedigendes Ergebnis gehabt. Da eine wissenschaftlich befriedigende Lösung der Aufgabe noch nicht vorlag, sah sich das Preisgericht genötigt, von der Verteilung eines ersten und zweiten Preises abzusehen, jedoch wurde die mit dem Kennwort „Staatskapitalismus“ versehene Arbeit, als deren Verfasser der Hamburger Oberbaurat Jürgen Brand festgestellt wurde, eines dritten Preises für würdig befunden, mit der Maßgabe, daß die Arbeit vor einer eventuellen Veröffentlichung einer Umarbeitung unterzogen wird, die eine wissenschaftlich schärfere Erfassung der Probleme und Tatbestände bietet.

Die Elektrowerke. Die reichseigenen Elektrowerke haben auch im Jahre 1927 ihren Aufschwung fortgesetzt. Die Stromerzeugung ist in den letzten Jahren wie folgt gestiegen: 1924 = 1410 Millionen kW, 1925 = 1577 Millionen kW, 1926 = 1486 Millionen kW, 1927 = 1677 Millionen kW. Die chemischen Werke, auf deren geringere Abnahme der Rückgang der Stromerzeugung im Jahre 1926 zurückzuführen ist, haben im letzten Jahre wieder mehr abgenommen. Vor allem ist der Elektrizitätsbedarf Sachsens stark gewachsen. Die Werke sind mit neuen Bauplänen beschäftigt.

Konzentrationsbewegung. Die staatlichen Bayernwerke haben 90 Proz. des 5,41 Millionen Reichsmark betragenden Aktienkapitals der bayerischen Braunkohlenindustrie Schwandorf aus dem Besitz der Rütgerswerke erworben. Auf dieser Braunkohlenbasis soll ein neues Elektrizitätswerk errichtet werden. Im Landkreis Aachen ist die Gründung einer Aktiengesellschaft zur Verteilung von elektrischer Energie und Gas beschlossen worden, die den Namen „Licht- und Kraftwerke Westmark Aktien-Gesellschaft“ tragen wird. In ihr sollen zusammengeschlossen werden: das Elektrizitätswerk des Kreises Düren, die Rheinischen Licht- und Kraftwerke G. m. b. H. in Brand und die Licht- und Kraftwerke Eschweiler-Stolberg G. m. b. H. in Stolberg. Das Aktienkapital wird 10,5 Millionen Reichsmark betragen. Die Stromabgabe der neuen Gesellschaft an die Verbraucher wird 70 Millionen kWh erreichen. Die Gründung erfolgt auf rein kommunaler Grundlage. Die Westmarkkraftwerke werden einen Abnehmerkreis von etwa 50 000 Abnehmern mit Strom und Gas zu versorgen haben. Die reichseigenen Vereinigten Aluminiumwerke Lautawerk haben gemeinsam mit dem italienischen Chemietrust Montecatini eine Aluminiumfabrik in Italien errichtet. Die Beteiligung des Lautawerkes ist dadurch hervorgerufen worden, daß das Lautawerk das Verfahren nach dem Patent Haglund einbringt.

Internationaler Städtekongreß. Schon an anderer Stelle teilten wir mit, daß der Kongreß des Internationalen Gemeindeverbandes vom 5. bis 9. Oktober d. J. in Sevilla stattfindet. Dieser Kongreß, der gleichzeitig mit der „Ibero-Amerikanischen Ausstellung“ verbunden wird, hat folgende Tagesordnung: 1. „Die finanzielle Organisation der Gemeinden“, Generalberichterstatte: F. M. Dibaut, Senator von Holland, Stadtrat der Stadt Amsterdam, und Henri Sellier, Vorsitzender des Generalrates des Seinedepartements, Bürgermeister von Suresnes; 2. „Die wirtschaftliche Betätigung der Gemeinden“, Generalberichterstatte: Dr. Mulert, Präsident des Deutschen Städtetages; 3. „Die Enteignung im öffentlichen Interesse: Gascon y Marin, Professor des Verwaltungsrechtes an der Universität in Madrid. Den Generalberichterstatte werden als Unterlagen die Berichte der Organisationen aus den einzelnen Ländern zugehen. Dem Kongreß in Sevilla zu einem vollen Erfolge zu verhelfen, liegt im Interesse der Gemeinden. Auch vom Standpunkt der großen Politik dürfte es wertvoll sein, daß die internationale Gemeinschaftsarbeit auf einem so großen Gebiet, wie es die kommunalen Aufgaben darstellen, vertieft wird.

Schütze dich selbst!



Frage enganliegende Kleidung!

Auferstehung

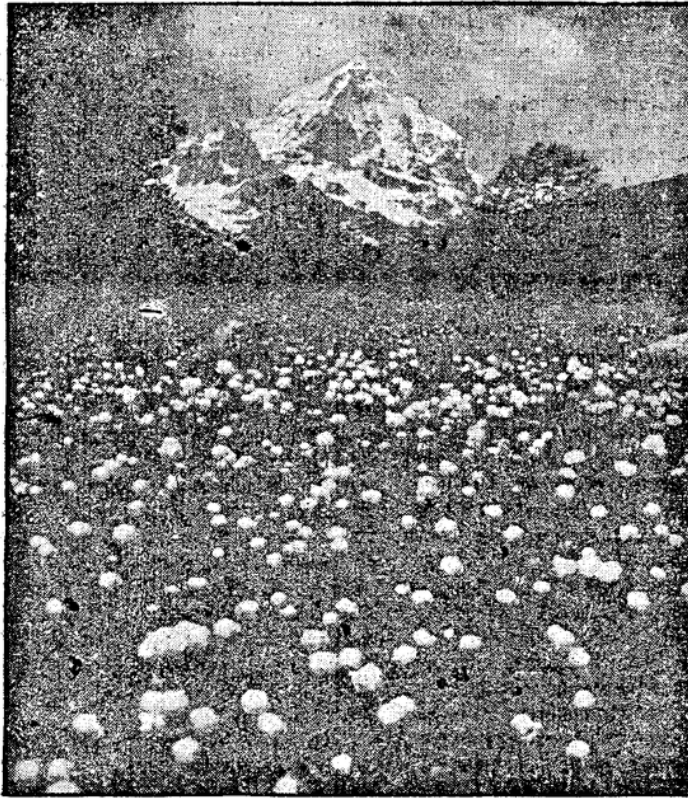
Vom Eise befreit sind Strom und Bäche
Durch des Frühlings holden, belebenden Blick",

so heißt es im Osterspaziergang des „Faust“. Die Erde erwärmt sich, die Wiesen werden grün, die Felder tragen die ersten zarten Halme. Aus den Städten strömen die Menschen hinaus ins Freie, sie haben das Gefühl, sie müssen hinaus — der Lenz ruft sie. Die alten Leute

Auch des Menschen Bestimmung ist es, aufzuerstehen. In ihm lebt immer noch der alte Adam, der Mensch der Dunkelheit, des Egoismus, des Menschenhasses. Ihn gilt es zu bezwingen, um den neuen Menschen an seine Stelle zu setzen: den neuen Menschen, der das Licht liebt, der den anderen Menschen verstehender, gütiger Bruder sein will. Konventionen und Gebräuche alter Zeiten, die nur noch Form sind, aber in der neuen Zeit ihren Inhalt verloren haben, müssen aus unserem Leben verschwinden. Denn solange wir ihnen anhängen, sind wir Knechte. Sie lähmen unsere Entschlußkraft, unser Gefühl für Echtheit und Wahrheit. Nur wenn wir uns aus ihren Banden befreien, können wir uns selbst finden. Es gilt, alte Anschauungen in uns zu bekämpfen: die Anschauungen von der Gottgewolltheit der sozialen Unterschiede und Ungerechtigkeiten, von der Notwendigkeit trennender Bildungsaberechtigungen. Es gilt aus dem Standes- und Kastendünkel herauszukommen und die Menschen in ihrer Wesensgleichheit zu erkennen. Die Schule des Unrechts, die nach dem Geldbeutel gegliedert ist und dem Besitzenden schmeichelt, ist abzubauen. Auferstehen heißt hier, den energischen Willen zur Tat haben, heißt

herauskommen aus dem Veralteten, Gemeinschaftsschädlichen, und der neuen Zeit dienen.

Zu den veralteten Bindungen, die im Unterbewußtsein des Menschen gefühlsmäßig noch sehr herumspuken, gehört der Gedanke von der Minderwertigkeit der Frau im allgemeinen und der geringwertigkeit ihrer Arbeit im öffentlichen Leben. Mit ihm grundsätzlich und tatsächlich zu brechen, würde wirklich ein Auferstehen aus „dumpfen Gemächern“ bedeuten. Wenige Männer bedenken, daß auf der Frau gewöhnlich zwei Arbeiten ruhen: Haushalt und Kindererziehung, oft sogar drei, wenn die Berufsarbeit noch hinzukommt. Und sie ist heute für Millionen von Frauen eine wirtschaftliche und sittliche Notwendigkeit. Hier helfe der Mann mit Einsicht und praktischer Mithilfe im Haushalt. Jegliche Arbeit ist wertvoll, wenn sie mit sozialer Verantwortung geleistet wird. Ueberhaupt sollte „unsere Auferstehung“ mit einer Umstellung in den kleinen Dingen des täglichen Lebens beginnen. Und zwar nicht mit der Kritik, sondern mit Aufbauarbeit.



Daß man zu Ostern den Hasen Geschenke bringen läßt, vor allem Eier, hat seinen Grund: Hase und Ei sind Symbole der Fruchtbarkeit, Symbole der Produktivität. Und wenn auch hierbei in alten Zeiten nur an die Fruchtbarkeit der Natur gedacht war, so können und müssen wir heute diesen Gedanken erweitern. Von der Produktivität der Natur und der Menschen hängt

der Fortschritt der Menschheit ab.

So gilt es, die Menschheit aufzurütteln und ihr zum Bewußtsein zu bringen, daß stete Mitarbeit am Sozialen unerlässlich ist, um uns vorwärts zu bringen. Feiern wir die Arbeit, insbesondere die schöpferische, auf daß eine Zeit anbreche, in der Arbeit Freude, Friede und Freiheit bedeutet.

Henny Schumacher.

Petroleum

V.

Schluß.



„In die Arbeit zurückgehen.“ „Und den Streik verlieren, Vater?“ „Ja, können sie ihn nicht gewinnen, so müssen sie ihn eben verlieren, das ist das Gesetz des Streiks wie des übrigen Lebens. Das Leben ist unbarmherzig; früher oder später wirst du das einsehen müssen. Die Arbeiter müssen sich fügen, abwarten, bis ihre Gewerkschaft stärker geworden ist.“ „Aber, Vater, wie kann sie stärker werden, wenn sie von den Unternehmern honkottiert wird? Du weißt doch, wie die organisierten Arbeiter fortgejagt werden; schon heute stellen die Gesellschaften keine aktiven Gewerkschaftsmitglieder ein.“

Der Vater erklärte, das wisse er wohl, aber die Arbeiter müßten es eben immer wieder von neuem versuchen, es gebe kein anderes Mittel. „Ich kann doch nicht den Streik unterstützen, indem ich bei mir die Arbeit ruhen lasse!“ rief er ungeduldig. „Die Leute müssen einsehen, daß sie kein Recht haben, dies von mir zu erwarten! Entweder sie sorgen dafür, daß auch die anderen Felder nicht arbeiten, oder aber die Rog-Felder nehmen die Arbeit wieder auf.“

Bunny wurde plötzlich körperlich übel; wohin auch immer er ging, überall verfolgte ihn der quälende Gedanke: „Wir werden auf unsere Felder Streikbrecher bringen!“

VIII.

Es gab nur einen Ort, wo Bunny sich glücklich fühlen konnte: im Bungalow. Dort verbrachte er die Samstagnachmittage, half

Ruth und Meelie; das war ja die einzige Unterstützung, die er den Streikenden gewähren durfte. Sie sprachen viel über das Glend ringsum, bisweilen jedoch waren sie lustig, lachten und scherzten wie andere junge Menschen, immer aber schafften sie fleißig wie Ameisen, bereiteten aus Milch, das die Gewerkschaft lieferte, allerhand Nahrungsmittel. Gegen Abend erschien Herr Watkins mit seinem alten Wagen, sie luden ihn voll, Meelie fuhr mit zur Streikleitung. Bunny blieb mit Ruth zurück, half ihr, Ordnung machen, und versuchte, ihr die Lage des Vaters zu erklären, und weshalb er, Bunny, den Streikern nicht helfen könne.

Am Sonntag ging er in die Versammlung und hörte Pauls Rede an. Paul, immer düster dreinblickend, war nach schlaflosen Wochen, nach langem Hungern abgemagert. Aus seiner Stimme klang wilde Leidenschaft. Er berichtete von seinen Fahrten nach den anderen Petroleumfeldern, erklärte, es gebe nirgends Gerechtigkeit: die städtischen und staatlichen Behörden seien nur die Schachfiguren der Unternehmer, täten alles, um die Arbeiter einzuschüchtern und ihre Gewerkschaften zu zertrümmern.

Paul hatte Bunny an der Menge bemerkt und trat nach der Versammlung auf ihn zu. „Ich möchte mit dir reden,“ sprach er; die beiden gingen etwas abseits, und Paul, der keine Zeit vergeuden durfte, fiel sofort mit der Tür ins Haus: „Hör mich an, es wäre mir lieb, wenn du meine Schwester in Ruhe ließe.“

„In Ruhe ließe?“ wiederholte Bunny verständnislos; er blieb stehen und starrte Paul an. „Was willst du damit sagen?“

„Meelie erzählte mir, daß du oft im Bungalow bist; auch den gestrigen Abend hast du dort verbracht.“

„Aber Paul, jemand mußte doch bei Ruth bleiben.“

Der Blumengarten

Blumen, reichlich Blumen im Garten gibt reiche Lebensfreude. Unendlich mannigfaltig sind Zahl und Form der Kinder Floras. Strahlenden, leuchtenden Kinderaugen gleichen die mannigfaltigsten Blumenformen in ihren herrlichen Farbenspielen. Umgaukelt von bunten Schmetterlingen, Bienen und Käferlein bieten uns die Kinder Floras ein Stückchen Paradies auf Erden und glücklich sind die Menschen, denen es vergönnt ist, in Mußestunden sich der Pflege der Pflanzen so ganz hinzugeben.

Aus der überreichen Zahl der vorhandenen Kinder Floras ist es nicht leicht, die schönsten auszuwählen; sie sind alle schön, herrlich. Ebenso schwer ist es, die wertvollsten unter ihnen auszuwählen; sie sind alle wertvoll.

Der Liebhaber wird seine Wahl so treffen, wie sein Sinn, sein Geschmack es ihm sagt. Aber jedenfalls besteht bei jedem Liebhaber der Wunsch, während der Frühlingszeit, der Sommerzeit und dann bis in den Spätherbst seinen Garten blumengeschmückt zu haben. Und da ist doch einige Kenntnis des Schönen, Wertvollen und vor allem zeitlich Bedingten erwünscht. Erwähnt seien zuerst die Frühlingsblüher der Zwiebel- oder Knollengewächse. Die meisten unter ihnen, sollen sie im Frühjahr das menschliche Auge mit ihren Blüten, mit ihrem Duft erfreuen, müssen bereits im Herbst dem Erdboden anvertraut werden. Genannt seien die Schneeglöckchen, Tulpen, Hyazinthen, Narzissen als die bekanntesten und beliebtesten. Außer diesen gibt es noch eine reiche Zahl der aller verschiedensten Arten. Als wertvolle und nicht minder schöne Frühlingsblüher seien die ausdauernden Staudengewächse genannt, wie das ganz zeitig gelbblühende *Doronicum* mit sternförmigen schwefelgelben Blüten, etwa 40—50 Zentimeter hoch. Dann die allerliebste Gartenprimel, Mitte bis Ende April blühend, niedrig bleibend. Nicht zu vergessen ist das so herrlich duftende Veilchen, eine Verwandte des Stiefmütterchens. Die Veilchen ranken gerne und lieben einen etwas schattigen Standort. Als Einfassungspflanzen, namentlich vor Strauchgruppen, lassen sich Veilchen sehr gut verwenden. Das schon erwähnte Stiefmütterchen mit seinen charakteristischen Blumenblättern und mannigfaltigem Farbenspiel erfreut immer wieder. Es hat denn auch in jedem Garten Heimatrecht gefunden. Ein anderes Staudchen, das Vergißmeinnicht, gehört ebenfalls zu unserm Blumenkranz, es gedeiht am besten auf feuchtem Boden. Genannt sei noch eine Verwandte der Gartenprimel, das Aurikel mit seinen edlen, der Gartenprimel ähnelnden Blumen. Nicht zu vergessen ist das Gänsekraut, „Arabis“ mit den zarten weißen Blütenrispen, die bereits um die Mitte April unser Auge erfreuen. Es ist das eine wertvolle Einfassungspflanze. Eine andere recht wertvolle aber weniger bekannte Einfassungspflanze ist das sogenannte Blaukissen, *Aubretia*, mit zierlichen hellblauen Blüten. In voller Blüte, so zu Anfang Mai, bildet die *Aubretia* als Einfassungspflanze ein schönes Bild, das kaum zu übertreffen ist. Auch die Grasnelke sei als Einfassungspflanze vermerkt, gegen Ende Mai blühend, und die Diamantnelke, auch Federnelke genannt, ebenfalls um diese Zeit blühend. Als eine der schönsten Bauerngartenstauden ist bekannt, das tropfende oder tränende Herzchen „*Deklitra*“, um Ende Mai blühend, etwa 50 Zentimeter hoch werdend. Dann ist nicht zu vergessen die Flammenblume, der „Frühjahrs-Phlox“. Hiervon gibt es eine reiche Auswahl, so der *Phlox amvena rosea*, etwa 20 Zentimeter hoch, *Phlox divaricata*, blau, 20 Zentimeter hoch. Beide Arten blühen im Mai und können als schöne wie wertvolle Frühlingsblüher angesprochen werden. Ebenso die Frühlings-Staudenaster, Aster, *Alpinus albus*, weißblühend im Mai 15 Zentimeter hoch. Als letzte der Frühlingsblüher sei genannt die Schwertlilie, Iris. Von dieser Blumenart gibt es zahlreiche Arten. Die bekannte ist die *Iris germanica*. Blütezeit Mitte Mai. Der orientalische Mohn *Papaver orientalis* mit den leuchtenden großen roten Blumen, dann die uralte Bauerngartenblume mit den tiefdunkelroten Blumen, die Pfingstrose. Viele ließen sich nennen, nicht minder schön und wertvoll. Doch soll es mit der Aufzählung der vorgenannten sein Bewenden haben, weil die Wünsche, oft aus Raumangel oder aus anderen Gründen, sich nicht immer erfüllen lassen. Von schönen im Frühling blühenden Sträuchern sei die „*Forstythia*“, gelbe Glöckchenblüten, die „*Ribes*“, namentlich die rotblühende, die „*Kerria*“, mit gelben, kleinen Röschen an tiefgrünen Zweigen prangend und der allbekannte Mandelbaum, dessen grazios zarten Zweige mit zarten kleinen Röschen besetzt sind. Als der letzte Frühlings-Blütenstrauch sei neben dem Goldregen der Fliederstrauch *Syringa* erwähnt, der allgemeines Gartenheimatsrecht besitzt und wohl kaum in einem Garten fehlt.

Als Sommerblüher kommt der Rittersporn, der Frauenschuh, die Flammenblume „*Phlox decusata*“, der Sonnenball, „*Rudbeckia*“, dann die Helarinnenarten, die stolzen Stockrosen oder Malven, die vielen Pyrethrumarten, die Chrysanthemumarten und die große Familie der Asternarten. Eine Aufzählung im einzelnen füllt lange Spalten. Als besonders erwähnenswert seien die allgemein beliebten Nelken hervorgehoben. Mit den Nelken zugleich blüht das sogenannte Schleierkraut, *Gypsophila*. Nelkenblumen mit Schleierkraut geben einen entzückenden duftigarten Blumenstrauch.

Von blühenden Sträuchern für die Sommerzeit ließe sich eine ganze Anzahl nennen, wie der überaus stark duftende Jasmin, die Weigelie oder Hydrange. Doch dürften von den Stiersträuchern nur wenige in Frage kommen und das mit Rücksicht auf den meist geringen Umfang der Kleingärten. Als einziger Blütenstrauch, der in keinem Kleingarten fehlt, ist die Rose zu nennen, die Königin der Blumen. Darüber Näheres zu sagen erübrigt sich.

Als Herbstblumen, obwohl sie bereits im Spätsommer ihre in Form und Farbe mannigfaltigen Blüten zeigen, kommen die Dahlien in Betracht. Es sind das Kinder aus warmer Gegend.

„Wir können sie selbst behüten; sie hätte ja auch zum Vater kommen können. Versteh mich recht: Ich will nicht, daß reiche Bürgchen meine Schwestern umschwärmen.“

„Aber Paul!“ Betrübt es Staunen klang aus Bunnys Stimme, „du irrst, Paul, wirklich.“

„Du sollst dir über die Sache im klaren sein. Tut einer meiner Schwester ein Leid an, so erschlage ich ihn. Dessen kannst du gewiß sein.“

„Aber Paul, ich dachte ja nie an etwas Derartiges. Hör mich an, ich... ich bin in ein Mädchen verliebt, ein Mädchen an der Hochschule. Wirklich, Paul, bin ich schrecklich verliebt, ich... ich könnte keine andere... kann für niemand anderen ein derartiges Gefühl empfinden.“

Bunny war während seines Geständnisses tief errötet; es war ihm anzusehen, daß er die Wahrheit sprach.

Pauls Stimme wurde milder: „Hör mich an, mein Sohn, du bist kein Kind mehr, und auch Ruth ist erwachsen. Ich glaube dir, selbstverständlich wirst du ein Mädchen aus deinen Kreisen wählen. Aber bei Ruth könnte das anders sein... sie könnte sich allzusehr für dich interessieren. Es wäre besser, du kämest nicht so oft mit ihr zusammen.“

Bunny fand keine Worte; der Gedanke kam ihm völlig unvermittelt. „Ich will ja nur Nachrichten über den Streik bekommen“, verteidigte er sich. „Und ich habe nie Gelegenheit, mit dir zu sprechen. Du weißt ja gar nicht, wie schlecht mir zumute ist; ich weiß nicht, was ich tun soll.“ Und nun brach er aus, presste seinen ganzen Kummer in wenige Sätze: „Ich bin wie in zwei Stücke gerissen, muß doch dem Vater gegenüber loyal sein, während

meine ganze Sympathie den Arbeitern gehört. Ich habe mich in einer Falle gefangen. Was soll ich tun?“

Pauls Stimme klang abermals hart, da er erwiderte: „Dein Vater ist damit einverstanden, daß die Schurken auch weiterhin die Felder bewachen.“

„Er zahlt seine Beiträge, falls du das meinst. Ist der Vereinigung verpflichtet.“

„Kein Vertrag gilt, der gegenwärtig ist. Weißt du denn nicht, daß diese Schufte hundertmal am Tage das Gesetz verletzen?“

„Ich weiß es, Paul. Aber Vater ist an die anderen Unternehmer gebunden; du verstehst das nicht... Er erleidet wirklich schwere finanzielle Verluste, weil die Quellen nicht produzieren, und das tut er doch nur den Arbeitern zuliebe.“

„Ich weiß, das anerkennen wir auch. Jetzt aber hat er erklärt, er müsse uns aufgeben, und gleich den anderen Streikbrecher herholen. Die Unternehmer treiben uns zur Verzweiflung, führen einen schmutzigen Kampf; das weiß dein Vater, und er hält dennoch zu ihnen.“

Beide schwiegen einen Augenblick; dann fuhr Paul grimmig fort: „Ich weiß ja, daß sein Geld auf dem Spiel steht, und er den Verlust nicht riskieren will. Und du tust selbstverständlich das, was er dir sagt.“

„Paul, ich kann doch nicht gegen Vater gehen! Verlangst du das von mir?“

„Als mein Vater mir seinen Willen aufzwingen und mich am Denken hindern wollte, stellte ich mich gegen ihn, das weißt du, nicht wahr? Damals hast du mich ermutigt und mein Verhalten richtig gefunden.“

Ihre Wurzelknollen müssen vor Eintreten des Frostes herausgenommen werden. Als ausdauernde Blumenstauben und als Herbstblüher sind dann noch die Herbstastern und das Harpeltium zu nennen. Im Herbst bieten die gelben Studentenblumen, obwohl nur Sommerpflanzen, noch in späten Herbsttagen viel Freude, ebenso die am Saun rankende Kapuzinerkresse. Auch das bis in den späten Herbst hinein blühende wundervoll duftende Rejeda, Nicht zu vergessen sind die prachtvollen Herbstanemonen, Anemone japonica. — Ein paar im Sommer bis Spätherbst hinein blühende Knollen — besser gesagt Zwiebelgewächse — seien am Schlusse noch besonders erwähnt: die Lilien, die Gladiolen, die Montbretien. Die weiße Lilie, die sogenannte Muttergotteslilie, sowie ihre verschiedenartigsten Artschwwestern, bilden eine prachtvolle Zierde in jedem Garten. Sie haben noch den Vorzug, wenig Platz zu beanspruchen. Neben der weißen Lilie erfreut sich die Feuerlilie, dann noch die bekannte Tigerlilie, allgemeiner Beliebtheit. Die Lilienzwiebeln sind winterhart, doch ist es gut, sie ein wenig mit Spreu, Blättern oder dergleichen vor allzu strenger Kälte zu schützen. Die Gladiolen sind gleich den Dahlien zu Mod Blumen geworden. Die Farbenpracht ist so mannigfaltig, die edlen Blumen so ansprechend, daß es verständlich wird, wenn die allgemeine Liebhaberei sich bis zum Sport gesteigert hat. Neben den Gladiolen, wenn auch etwas bescheidener, stehen die zierlichen Montbretien, gelb, rot, karminfarbig. Die Zwiebeln von Gladiolen müssen im Herbst herausgezogen werden, sie sind empfindlich gegen Frost. Gut ist es auch, die Montbretienzwiebel frostoffrei zu wintern. — Einer besonderen Beliebtheit erfreuen sich die wohlriechenden Wicken, Lathyrus odorata. Die Wicken gehören zu den Erbsenarten. Die Samenkörner werden im Monat März, April an Ort und Stelle ausgefüt. Duft und Farbenpracht haben sie zu besonderen Lieblingen der Blumenfreunde gemacht. Zur Bekleidung von Zäunen liefern sie das denkbar schönste Material.

Die Christrose, „Helleborus nigra“ sei als letzte erwähnt. Sie ist bei den Kleingartenbesitzern weniger bekannt, sollte aber in keinem Garten fehlen. Diese Blumenstaube blüht unter Umständen bei ganz günstigen Witterungsverhältnissen um die Weihnachtzeit, meist aber mit den Schneeglöckchen. Die großen atlasweißen Sternblumen, hoch über den grauen lederartigen Blättern stehend, bilden einen ganz besonders schönen Gartenschmuck, insbesondere um die noch winterliche Jahreszeit.

Wie nichts anderes in der reichen Naturwelt, bringen die Kinder Floras uns Menschen das Naturgesetz vom Werden und Vergehen nahe, so überaus nahe. Auf dem Höhepunkt ihres Daseins, in ihrer höchsten Blütenpracht berauschen und beglücken sie uns mit ihrer zauberhaften Schönheit, erfüllen Seele und Gemüt mit echter wahrer Lebensfreude. Wir danken es ihnen durch sorgfältige Pflege.

Blumenschmuck

„Oh,“ werden Leserinnen und Leser rufen, „für Blumen haben wir kein Geld. Absolut kein Geld. Man hat heutzutage ohnedies zu wenig für all das, was wirklich gekauft werden muß. Auch noch Blumen? Das ist wirklich eine Zumutung...“

Wer aber einmal angefangen hat, in dem Zimmer, in dem er lebt, eine grüne Pflanze zu pflegen, frische Schnittblumen in der Vase zu finden, auf die sein Blick oft fällt, die mit ihren duftigen Farben und lieblichen Formen immer neue Freude machen, der kann sie gar nicht mehr entbehren. Und immer wieder greift er in die Tasche, wenn die alten ihre Blätter hängen lassen und das Kürzen der Stengel, das leichte Salzen des Wassers sie nicht mehr erfrischen will: denn Blumen sind ein Stück Schönheit im Leben.

Freilich muß die Hausfrau dann auch mit Blumen umzugehen verstehen. Ein Riesebusch Feldblumen, mit einem grausamen Faden fest zusammengeschnürt und in das Krügelglas gepreßt — das ist freilich quälend wie ein Blumenmassenquartier. Der zehnte Teil dieser graziösen, langstieligen, buntfarbigen Sommerkinder in einem schlanken Glas,

in dem sie sich bewegen können, ein bißchen zur Seite neigen und frei atmen, kann ein entzückendes Bild geben. Wenn aber Margueriten so kurz gestutzt sind, daß sie wie Krüppel ohne Füße in ihrem Glaskerker hocken, so ist das wieder sehr häßlich. Primeln und Leberblümchen oder die zarten Vergißmeinnicht in einer endlos langen, engen Vase wirken wie lächerliche Cernegroße. Füllt man eine runde, schüsselförmige Vase mit ihnen, dann sind sie auf einmal in ihrem Element.

Und wieder höre ich die Leserinnen rufen: „Jetzt also auch noch ein halbes Duzend Vasen anschaffen? Damit die verschiedenen Blumenpersönlichkeiten ganz zur Geltung kommen? Es wird immer schöner!“ Hand aufs Herz, liebe, empörte Leserin: Hast du in deiner Wohnung keine Vasen? Ja? Ich weiß schon, die eine ist

Vorfrühling

Meine Sehnsucht weinte längst sich matt,
nun ist sie wieder aufgewacht
und ging mit mir
durch Straßen und durch Gassen,
wo die müden, blaffen
Großstadtkinder Marmeln spielten,
Kreisel jagten,
und in Glitzerherben
Sonnenstrahlen jagen.

Und ich fühlte mich so großstadtmüde,
und ich spürte eine liebe Hand,
die mit mütterlicher Güte
fort mich zog
in frühlingssanges Land.
Und ich sah die Silberlächchen blüh'n,
Haselnüsse gold'ne Wölfschen streu'n
und der Saaten junges Grün
in der Sonne zittern.

Und ich segne aller Knospen Schwellen,
Liebe öffnet mir die Rosenore
und aus tief verborg'nen Quellen
strömen Lieder. Bruno Schönlant

„Paul, ich würde dem Vater das Herz brechen.“

„Vielleicht habe auch ich meinem Vater das Herz gebrochen, ich weiß es nicht, und auch du weißt es nicht. Hier handelt es sich nur um eines: dein Vater ist im Unrecht, und du weißt es; er läßt gemeinsam mit den anderen Unternehmern die Schurken auf uns los, raubt uns unsere Staatsbürgerrechte, ja sogar unsere Menschenrechte. Das kannst du nicht leugnen. Und du hast der Wahrheit gegenüber keine Verpflchtung.“

Abermals Schweigen. Bunny kämpfte mit dem fürchtbaren Gedanken, dem Vater Troß zu bieten, wie Paul dem alten Herrn Watkins Troß geboten hatte. In dem einen Fall war es ihm recht erschienen, und nun fand er es ganz unmöglich.

Schließlich sprach Paul: „Ich weiß ja, wie es um dich bestellt ist, mein Sohn. Du wirst es nicht tun, dir fehlt der Mut, du bist zu weich.“ Er wartete, bis die grausamen Worte in Bunneys Bewußtsein gedungen waren, dann fügte er hinzu: „Ja, das ist das rechte Wort: weich. Du hast immer alles gehabt, was du brauchst; alles wurde dir auf einem silbernen Präsentierteller gereicht, und das hat dich zu einem Schwächling gemacht. Du bist gutherzig, weißt auch, was recht ist, aber du kannst nicht handeln, fürchtest immer, jemandem weh zu tun.“

Damit war das Gespräch beendet. Paul hatte nichts mehr zu sagen, und Bunny wußte keine Antwort; seine Augen standen voll Tränen: also er ist ein Schwächling! Er wandte den Kopf ab, damit Paul seine feuchten Augen nicht sehe.

„Ich habe noch viel zu erlebigen,“ sprach Paul, „muß gehen. Eines Tages wird auch dieser Kampf vorüber sein, dein Vater

wird weiter Geld machen; hoffentlich bringt es dir Glück, aber ich zweifle daran. Leb wohl, mein Sohn.“

„Leb wohl,“ entgegnete Bunny verzagt. Paul wandte sich um und ging.

Bunny schritt fieberhaft erregt weiter. Er war zornig über Pauls Mangel an Verständnis, über seine grausame Härte, aber eine leise Stimme in seinem Innern wiederholte hartnäckig: „Paul hat recht: du bist weich... weich, ein Schwächling, das ist das richtige Wort!“

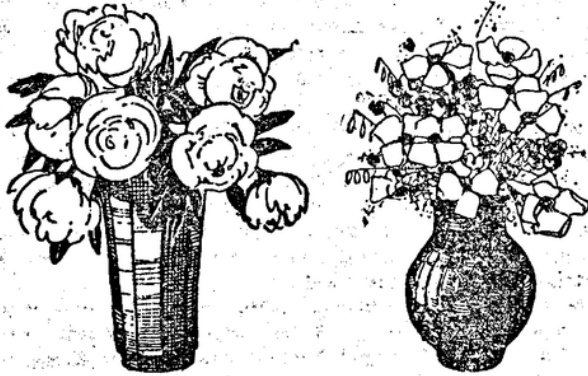
Dieses Verhalten des Bruders war es, was Bertie so wütend machte: Bunny unterwarf sich völlig Paul, ließ sich demütig und geduldig Fußtritte von ihm geben. Ihm fehlte das Gefühl für die Würde, die ihm von den Millionen des Vaters verliehen wurde.

Bunny kehrte in die Schule zurück; die Petrolearbeiter zogen die Riemen enger und aßen nur noch mit einem Zahn.

Amerika hatte den Krieg erklärt; der Kongreß legte eine ungeheure „Freiheitsanleihe“ auf, die die Kriegskosten decken sollte, alle Männer im dienstpflchtigen Alter wurden registriert und eine riesige Armee angeworben.

Und dann wurden Gerüchte von einem Burgfrieden mit dem Proletariat laut; zuerst in Verbindung mit den Eisenbahnern, von denen viele um einen höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen im Streik standen. Die Eisenbahnen waren für den Sieg unumgänglich notwendig; der Kongreß bevollmächtigte die Regierung, bei Streitigkeiten einzugreifen, mit den Gewerkschaften Uebereinkommen zu treffen, darauf zu achten, daß jeder Partei ihr Recht werde. Wurden bei den Eisenbahnern derartige Sch

wie ein Krug gebaut, mit einem unförmigen Riesenbauch und allem möglichen Henkelzeug rundherum. Dafür hat sie aber einen Zwerghals, der kaum drei, vier Blumenstängel faßt. Und die andere Dase, die auf der Kommode steht, die ist gar aus venezianischem Glas. Großartig. Nur für Blumen ist sie gar nicht geeignet, weil



weder die langen noch die kurzen, weder die vollblütigen noch die unscheinbaren recht in sie passen. Ein ganz einfacher Topf aus Steingut, Ton oder Porzellan für die Sträuße, ein glattes, hohes Glas für die hochgewachsenen Blumen oder für grüne Zweige würden völlig genügen. Und sie kosten nur einen Pappensiel, wenn man etwas Geschmack hat beim Aussuchen.

Ein bißchen Schönheit im Leben ist nicht Luxus. Ein paar Blumen in der Einkaufstasche sind kein hinausgeworfenes Geld! „Das kleine Blatt“, Wien.

Unsere Jugend

Die Ausstellung: „Das junge Deutschland“ in Hannover

Im Herbst v. J. hat die Ausstellung „Das junge Deutschland“ in Berlin ihre Tore geschlossen. Der Erfolg war über Erwarten groß. Mehr als 100 000 Besucher waren zu dieser Jugendausstellung im Schloß Bellevue aus allen Teilen des Reiches herbeigekommen. Die Ausstellung hat ein Echo gefunden, das berechtigt, sie als Wanderausstellung auch anderen deutschen Großstädten zuzuführen.

Dank der Unterstützung der Provinzialverwaltung Hannover, des Magistrats Hannover, der hannoverschen Regierungen, der Landesversicherungsanstalt Hannover sowie der kommunalen Spitzenverbände, und zwar des hannoverschen Städtevereins, des Reichsstädtebundes und des Verbandes der selbständigen Städte, kam die Ausstellung in der Zeit vom 20. Mai bis 19. Juni 1928 auch in Hannover — Künstlerhaus — gezeigt werden.

unternommen, so würde das sicher auch bei anderen Industrien geschehen; auch den Petroleumarbeitern würden jene Rechte zubilligt werden, die ihnen die Unternehmer nicht gewähren wollten. Die Arbeiterpresse war voll von Berichten über die neue Entwicklung; Telegramme von der Gewerkschaftszentrale in Washington forderten die Streiker in Paradise auf, durchzuhalten.

Das Ganze glich der „großen Szene“ in einem altmodischen Melodrama: die holde Heldin ist in der Sägemühle an einen Klotz gebunden, und mit jedem Augenblick nähert sich der Klotz der furchtbaren Säge, die das Mädchen zerschneiden wird. Der Held rast wie toll auf seinem Pferd daher, springt ab, schlägt mit der Axt die Tür ein, jagt in den Raum und stellt gerade noch im letzten Augenblick die Maschine ab. War es nicht unglaublich, daß die ganze „Bande der offenen Werkstatt“ von Kalifornien, die ganze Macht des industriellen Systems mit seinen Millionen in den Banken, seinem politischen Apparat, seinen Streikbrecheragenturen, seinen Spiegeln und Wächtern, seiner Miliz mit den Maschinen-gewehren und Panzerwagen, daß diese ganze schauerliche Macht plötzlich von einer noch stärkeren Hand festgehalten, von der Kehle ihres Opfers fortgerissen wurde? Onkel Sam in höchst-eigener Person streckte die mächtige Hand aus und erklärte, die Petroleumarbeiter seien ebensogut Menschen wie die übrigen Staatsbürger, und ihre Rechte stünden unter seinem Schutz!

Die Zentrale in Washington meldete, daß den Petroleumarbeitern ein den Unterhaltungskosten angepaßter Lohn und der Achtstundentag gewährt werde. Ein Schlichter der Regierung komme nach den Feldern; inzwischen aber solle die Arbeit wieder aufgenommen werden, damit der gute alte Herr mit dem weißen

Die Ausstellung „Das junge Deutschland“ will mithelfen, die in weiten Kreisen herrschende Unklarheit über die Lage und das Leben unserer Jugend zu beseitigen. Die große Mehrheit der Jugendlichen im Alter von 14—21 Jahren ist heute erwerbsfähig, doch fehlen bisher einigermaßen erschöpfende und zutreffende Angaben über die soziale und gesundheitliche Lage dieser Jugend. Die deutsche Jugendbewegung ist eine einzigartige kulturelle Erscheinung unserer Zeit; aber wie oft bildet sich das Urteil der breiten Öffentlichkeit über diese Bewegung nur an rein äußeren Erscheinungen, wie etwa an dem Wanderleben oder der Kleidung ihrer Anhänger. Die Ausstellung „Das junge Deutschland“ will diese Lücke in der Kenntnis von dem Leben und der Lage unserer Jugend schließen und ferner der breiten Öffentlichkeit zeigen, wie notwendig und berechtigt die von den Jugendverbänden aller Richtungen und Bekenntnisse erhobenen Jugendbildungsforderungen sind.

Entsprechend diesem Zwecke gliedert sich die Ausstellung in zwei Hauptabteilungen, nämlich 1. die bevölkerungspolitische, soziale und gesundheitliche Lage der Jugend, 2. die Verwendung der Freizeit und die Selbstdarstellung der Jugendverbände. Einleitend wird eine Darstellung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände und der ihm angeschlossenen Verbände, sowie über den Landesanschuß Hannover der deutschen Jugendverbände gegeben. In einer Zwischenabteilung wird Material über die Gesundheitspflege, Jugendfürsorge, Berufsberatung, Berufs- und Fortbildungsschule dargestellt werden. Außer der bildhaften Schau ist eine Reihe lebendiger, vom Geiste der Jugend getragener Veranstaltungen geplant, damit nicht nur Bild und Schrift, sondern auch Spiel, Tanz und Lied der Jugend selber auf der Ausstellung Gestalt gewinnen.

Dem Berliner Ausstellungsmaterial, das auch für die hiesige Ausstellung die Basis bildet, wird aus der Provinz Hannover und den benachbarten Freistaaten Oldenburg, Bremen, Braunschweig und Schaumburg-Lippe in Frage kommendes Material als Ergänzung und Erweiterung hinzugefügt werden, so daß zum erstenmal ein umfassender Einblick in die Lage und das Wesen der Jugend Niedersachsens gegeben wird.

Das Größte aber an der Ausstellung ist, daß sich zu ihr die gesamte deutsche Jugend trotz aller Unterschiede des Bekenntnisses, der Weltanschauung und der politischen Richtung zu gemeinsamem Werk zusammengefunden hat. Der Besucher der Ausstellung wird erkennen, wie stark diese Jugend sich mit den Problemen ihrer Zeit auseinandersetzt, und wie stark das Verantwortungsgefühl gegenüber der Zukunft in ihr lebendig ist.

Wer dem Dolke falsche Revolutionslegenden erzählt und es — ob vorfälschlich oder aus Unwissenheit — durch Gesichtsdithyramben täuscht, ist ebenso strafbar wie der Geograph, der falsche Karten für den Segler entwirft.

Lissagaray (im Vorwort zur Geschichte der Kommune).

Ziegenbart und dem rot-weiß-blauen Gewand alles Petroleum bekommen, das er benötigt.

Wilson, Präsident der Vereinigten Staaten, hielt Reden, wundervolle, überzeugende Reden, dieser Krieg bereite allen Kriegen ein Ende und sichere auf Erden die Herrschaft des Volkes, durch das Volk, für das Volk. Alle Herzen erbebten, alle waren bereit, sich der großen Sache völlig hinzugeben. Und auf dem Spielplatz der Schule in Paradise herrschte Jubel, als die Nachricht kam, die Wächter würden in die Slums zurückgeschickt, aus denen sie gekommen waren, und die Arbeit könne sofort wieder aufgenommen werden.

Vater Koj erfuhr davon früh am Morgen, und Bunny tanzte wie toll durch das ganze Haus und machte so viel Lärm, als wäre er bei einem Fußballmatch. Herr Koj erklärte: „Mir persönlich ist auch recht wohl zumute; es ist höchste Zeit, daß die Quellen wieder produzieren; ich hätte es keine Woche länger ausgehalten.“

Bunny bestand darauf, am Nachmittag die Schule zu schwänzen; er und der Vater mühten unbedingt nach Paradise fahren, an der allgemeinen Freude teilnehmen, sich von neuem mit den Arbeitern ansprechen und dafür sorgen, daß alles wieder in Gang komme. Vor allem mühten sie den Stachelbraut niederzreißen, der das Proletariat vom Kapital trennt!

Bunny war glücklich bei dem Gedanken, daß es in der neuen Welt keinen Stachelbraut und keine Feindseligkeiten mehr gebe; er sah vor den Hütten der Arbeiter Kojen blühen, sah im Lesezimmer einen Sammelband der herrlichen Reden des Präsidenten aufliegen, — Lektüre für die Petroleumarbeiter, die von nun an allesamt genügend Zeit haben sollten, sie zu lesen.

Zur Lohnbewegung der Berliner Gemeindearbeiter

Wir haben in Nr. 11 der „Gewerkschaft“ über die Anträge der Organisation zur Lohnbewegung der Kammereibetriebe und der Werksbetriebe berichtet. Die Verhandlungen mit dem Tarifvertragsamt des Magistrats fanden am 16. März d. J. im Rathaus statt. Der Vertreter des Tarifvertragsamtes mußte die Richtigkeit unserer Darstellung über die Reallohne und über das Mißverhältnis des Einkommens der Arbeiter gegenüber den ihnen gleichgestellten Angestellten und Beamten im wesentlichen zugeben. Ein Angebot wurde vom Vertreter des Magistrats nicht gemacht. Es wurde erklärt, die Anträge den städtischen Körperschaften zur weiteren Veranlassung und Beratung zu übergeben. Der Ausschuß der Stadtverordnetenversammlung für Angelegenheiten der Arbeiter und Angestellten beschäftigte sich am 20. März mit diesen Anträgen. Bei zwei Stimmenenthaltungen wurde einstimmig beschlossen, dem Magistrat zu empfehlen, die Löhne ab 1. April um 10 Pf., ab 1. Oktober um weitere 5 Pf. zu erhöhen. Wir hatten weiter beantragt, das Alter für den Bezug des Dollarbeiterlohnes von 24 auf 20 Jahre herabzusetzen. Dem Antrage wurde insofern Rechnung getragen, als beschlossen wurde, das Lebensalter für den Bezug des Dollarbeiterlohnes von 24 auf 21 Jahre herabzusetzen. Ferner wurde beschlossen, die Straßenreiniger nach vierjähriger Beschäftigung in die Gruppe der angelernten Arbeiter zu überführen, die Baggerer der Straßenreinigung als angelernte Arbeiter mit besonderer Tätigkeit nach Gruppe 3 zu entlohnen, weiter, die Gewährung des 48fachen Handwerkerstundenlohnes als Wochenlohn auch auf die gesamten Kraftfahrer der Straßenreinigung auszudehnen. Die Bestimmungen über die Gewährung von Kinderbeihilfen an städtische Arbeiter werden hinsichtlich der Einkommensgrenze für Kinder mit eigenem Verdienst den Beamtenbestimmungen angepaßt, d. h., daß nach den geltenden Bestimmungen ein Abzug der Kinderbeihilfe erst dann eintreten kann, wenn das Monatseinkommen des Kindes den Betrag von 40 Mk. übersteigt. Ferner wurde beschlossen, daß über eine weitere Regelung der Facharbeiter noch weiter verhandelt werden soll. Nachdem eine Magistratskommission am Montag, den 26. März, zu den Vorschlägen Stellung genommen hatte, befaßte sich der Magistrat am Mittwoch, den 28. März, mit den Anträgen und Vorschlägen der Ausschüsse. Der Magistrat beschloß: a) Die Löhne der städtischen Arbeiter im Dollohnalter werden mit Wirkung vom 2. April d. J. um 6 Pf. und ab 1. Oktober d. J. um 4 Pf. pro Stunde erhöht. Die Stundenlöhne aller übrigen Arbeitskräfte erhöhen sich vom gleichen Tage im bestehenden Verhältnis. Diese Löhne gelten bis 31. März 1929. b) Das Dollohnalter der städtischen Arbeiter wird vom 2. April d. J. ab von 24 Jahre auf 21 Jahre herabgesetzt. c) Straßenreiniger sind vom 2. April d. J. ab nach vierjähriger Beschäftigung als angelernte Arbeiter nach Lohngruppe 2, Baggerer als angelernte Arbeiter mit besonderer Tätigkeit nach Lohngruppe 3 zu entlohnen. d) Die Gewährung des 48fachen Handwerkerstundenlohnes als Wochenlohn wird vom gleichen Zeitpunkt auf die Kraftfahrer der Straßenreinigung ausgedehnt. e) Die Bestimmungen über die Gewährung von Kinderbeihilfen an städtische Arbeiter werden hinsichtlich der Einkommensgrenze für Kinder mit eigenem Verdienst, für die Kinderbeihilfe beansprucht werden kann, vom 2. April d. J. den Beamtenbestimmungen angepaßt. f) Die beantragte Umbezeichnung der Lohngruppen als Lohngruppen 1, 2 usw. unter Fortlassung der bisherigen Bezeichnungen als ungelernete, angelernte usw. Arbeiter wird abgelehnt. g) Den städtischen Gesellschaften wird empfohlen, ihre Lohnerhöhungen in demselben Maße zu vereinbaren.

Der Magistrat hat sich demnach den Beschlüssen der Stadtverordnetenversammlung über die Erhöhung der Löhne nicht angeschlossen. Wir bedauern dieses außerordentlich, da die vom Magistrat beschlossene Regelung weder eine Angleichung des Reallohnes an die Löhne der Vorkriegszeit, noch eine wesentliche Verminderung der Differenz zwischen den Löhnen der Arbeiter und den Gehältern der Angestellten und Beamten herbeiführt. Zugegeben werden muß, daß die Erhöhung der Löhne sich vorteilhaft abhebt von den Regelungen, wie sie in der Industrie, im Handel und Verkehr in der letzten Zeit, sei es durch Vereinbarung, sei es durch Schiedsspruch, erfolgt sind.

Von erheblicher Bedeutung ist die Herabsetzung für den Bezug des Dollarbeiterlohnes von 24 auf 21 Jahre. Es war dies eine Forderung, die seit Jahren von uns immer mit negativem Erfolg erhoben worden war. Für einen beträchtlichen Teil Kolleginnen und Kollegen wird hier eine weitere Aufbesserung ihrer Einkommen sofort in Kraft treten. Besonders begrüßens-

wert ist der Beschluß, die Straßenreiniger, die Baggerer und die Kraftfahrer der Straßenreinigung höher zu gruppieren. Auch dieser Antrag hat eine jahrelange Vorgeschichte. Bisher hatten es die städtischen Körperschaften rundweg abgelehnt, die Straßenreiniger als angelernte Arbeiter anzusehen. Ein Schönheitsfehler des Beschlusses ist zweifelsohne, daß die Höhergruppierung erst nach vier Dienstjahren eintreten soll. Der Beschluß öffnet uns aber den Weg, nunmehr auch für die übrigen Kategorien der ungelerneten Arbeiter eine Höhergruppierung mit Aussicht auf Erfolg bei den nächsten Gelegenheiten zu beantragen. Aus diesem Grunde erscheint uns diese Regelung, abgesehen von ihren materiellen Erfolgen, die sich in einer Erhöhung der Löhne der in Frage kommenden Gruppen um etwa 5 bis 6 Pf. pro Stunde auswirken, besonders wesentlich.

Wertvoll war die Empfehlung des Magistrats an die städtischen Gesellschaften (Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn, Omnibusgesellschaft), Lohnerhöhungen in demselben Ausmaß zu vereinbaren. Am Donnerstag, dem 29. März, fanden nunmehr erneute Verhandlungen für die Kammereitarbeiter, für die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke statt. Vorlagen die Angebote des Magistrats. Bemerkenswert ist, daß gegen die Neuregelung der Löhne seitens der Arbeitgeberverbände schwerstes Geschick aufgefahren wurde. So weit wir unterrichtet sind, hat eine Konferenz der führenden Personen der Arbeitgeberverbände stattgefunden, in der sich diese Herren mit aller Deutlichkeit gegen eine entsprechende Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter, und vor allen Dingen der Werksarbeiter wandten. Die Einwirkungen dürften bis zu einem gewissen Grade nicht ohne Einfluß gewesen sein, wie die Herabminderung des Beschlusses des Stadtverordnetenausschusses durch den Magistrat deutlich zeigt, wobei auch besonders bemerkt werden muß, daß im Stadtverordnetenausschuß die große Mehrzahl der bürgerlichen Vertreter für die Erhöhung der Löhne um 15 Pf. eintrat, im Gegensatz zur Haltung der ihnen nahestehenden Arbeitgeberverbände. Es erscheint notwendig, dieses Doppelspiel besonders ins rechte Licht zu rücken. Es wird weiter zu untersuchen sein, inwieweit die Städtischen Werke und vor allen Dingen auch die Gasbetriebsgesellschaft ihren Einfluß bei den privaten Arbeitgeberverbänden spielen ließen.

Die Tarifkommissionen haben im Anschluß an die Verhandlungen, am Donnerstag, dem 29. März, sofort gesondert zu dem Ergebnis Stellung genommen. Trotz schwerster Bedenken gegen die in bezug auf die Laufdauer und Lohnhöhe unbefriedigenden Ergebnisse haben alle drei Tarifkommissionen dem Vorschlag des Magistrats bzw. der Werksdirektoren zugestimmt, zum Teil gegen eine erhebliche Opposition. Mit den Beschlüssen der drei Tarifkommissionen ist die Lohnregelung abgeschlossen worden.

Für die Arbeiter der Gasbetriebsgesellschaft, die die gleichen Löhne erhalten wie die Arbeiter der Berliner Städtischen Gaswerke A.-G., wurden von uns bei der Direktion auch die gleichen Forderungen auf Erhöhung der Löhne erhoben.

Bei der Verhandlung haben unsere Vertreter diese Forderungen eingehend begründet. Der Generaldirektor Körtling und die übrigen Direktoren haben weder auf die Forderungen noch auf die Begründung eine Erklärung abgegeben. Mit dem Bemerkten, daß sie ihre Ansicht zu diesen Forderungen bei der Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß darlegen werden, wurde von ihnen die Sitzung kurzerhand abgebrochen. Die Direktion der Gasbetriebsgesellschaft hat sich ja auch schon in der Vergangenheit gegenüber ihrer Arbeiterschaft allerhand geleihtet, aber diese provozierende Einstellung gegenüber den berechtigten Forderungen der Arbeiterschaft übersteigt doch die Grenze des Erträglichsten. Die Erregung der Verhandlungskommission über dieses Verhalten war so stark, daß nur mit vieler Mühe ein sofortiger Konflikt vermieden werden konnte. Die Direktion wird sicher die entsprechende Antwort von der Arbeiterschaft bekommen, wenn auch diese im Augenblick, durch die Stilllegungsverordnung lebenswichtiger Betriebe, in bezug auf sofortige Maßnahmen gehemmt ist.

Vorsichtshalber wurde auch sofort nach Beendigung der Verhandlung vom Vorstand der Gesellschaft der gesetzliche Schlichtungsausschuß angerufen. Die Verhandlung ist von diesem am Donnerstag, den 12. April 1928, angelegt worden. Wir werden über den Abschluß dieser Bewegung noch berichten, sind aber davon überzeugt, daß die Arbeiterschaft mit den schärfsten Mitteln die gleichen Lohnsätze, wie sie nach der Neuregelung bei den städtischen Gaswerken festgelegt sind, erkämpfen wird.

C. P.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Abrechnung mit der Reaktion. — Radan im Reichstage. Der Reichstag ist am 31. März 1928 aufgelöst worden und der Preussische Landtag hat seine Arbeiten am 30. März 1928 beendet. Die Neuwahlen beider Parlamente werden am 20. Mai 1928 erfolgen. Beide Parlamente erlebten vor ihrem Auseinandergehen noch ernste Abrechnungen mit der reaktionären Opposition im Landtage und mit dem Bürgerblock im Reichstage. Während im Reichstage das Zentrum den rednerischen Peitschenhieben des sozialdemokratischen Führers Weis ebenso ausgesetzt war wie die übrigen Bürgerblockparteien, war es im Landtage ausgerechnet ein Zentrumsmann, der Wohlfahrtsminister Hirtliefner, der hier für den erkrankten Ministerpräsidenten Braun die Generalabrechnung mit der Reaktion vornehmen mußte. Daraus könnte man den Schluß ziehen, daß es jetzt umgekehrt sei als vor der Revolution. Damals galt das preussische Zentrum für reaktionärer als das Reichszentrum, während man heute annehmen könnte, das preussische Zentrum sei im Gegensatz zum Reichszentrum fortschrittlicher. In Wirklichkeit ist das Zentrum in der Kulturpolitik, namentlich in Schul- und Kirchenfragen, immer reaktionärer, eher noch reaktionärer als die Deutschnationalen, während es im übrigen, besonders in der Sozialpolitik, liberalere und fortschrittlichere Wege wandelt. Im Reich hat es des lieben Schulgesetzes wegen sich mit den Deutschnationalen, der Deutschen und der Bayerischen Volkspartei zum Bürgerblock verbündet und in dieser Gesellschaft den guten Ruf wieder verloren, den es sich erworben hatte, seit Erzberger im Jahre 1917 die Führung an sich riß, die nach seinem Tode zunächst auf Wirth überging. In Preußen standen kulturpolitische Fragen von einem Ausmaße wie die Reichsschulgesetzentwürfe nicht im Vordergrund. So wurde dort das Zentrum auch nicht auf die reaktionäre Bahn gedrängt wie im Reich. Es hielt an der Weimarer Koalition fest. So kam es, daß ein preussischer Zentrumsmann solch scharfe Töne gegen seine Bundesgenossen im Reich fand, wie sie der sozialdemokratische Ministerpräsident Braun auch nicht anders ausgesprochen haben würde. Zudem gehört Hirtliefner zum linken Flügel des Zentrums und ist bei der Reaktion fast ebenso verhaßt wie sein Parteifreund Wirth. Im nachstehenden geben wir einen kurzen Auszug aus seiner Rede wieder:

Der Etat für das Rechnungsjahr 1928 bildet den Abschluß der Tätigkeit des Kabinetts der Weimarer Koalition in Preußen. Wir legen deshalb vor den Wählern einen politischen Rechenschaftsbericht darüber ab, ob wir das uns seit dem 14. Januar 1925 geschenkte Vertrauen gerechtfertigt haben. Die zunehmende Konsolidierung des Staates prägt sich in seinen gesunden Finanzen aus. Trotz des Verlustes der Eisenbahn, trotz der Entzweiung wertvollen Staatsbesitzes durch den Friedensvertrag ist es gelungen, den Etat auszugleichen und dabei die Verstaatlichung der Polizei durchzuführen und den Gemeinden erhöhte Zuwendungen zu machen. Die Wirtschaft hat sich in den letzten drei Jahren wesentlich gehoben. Die Einnahmen bei den Sparkassen sind von 1,1 auf über 3 Milliarden gestiegen. Die Kohlenproduktion hat sich in drei Jahren um 30 Proz., die Roheisengewinnung um 60 Proz., die Rohstahlgewinnung um 80 Proz. gehoben. Und das nennt die Opposition eine „Kraus des Niedergangs“. Aber wichtiger als die Wirtschaft ist der lebende Mensch. Er ist es, für den der Ertrag der Wirtschaft letzten Endes bestimmt ist. Der preussische Staat hat deshalb eine großzügige **Wohlfahrtspolitik** zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen getrieben. In erster Reihe steht hier die Neubautätigkeit. In den letzten drei Jahren sind 420 000 Neubauwohnungen errichtet worden, davon 300 000 aus Hauszinssteuermitteln. Gegenwärtig sind 90 000 Neubauwohnungen im Bau. Der preussische Staat hat über 1½ Millionen für Neubauten aufgewandt. Wesentlich verbessert wurde die schulärztliche Versorgung, die Mütter- und Säuglingsfürsorge und die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten. Erhebliche Mittel wurden für die Kleinkinderfürsorge bereitgestellt, für die Schaffung von Jugendheimen, Turnhallen, Sport- und Spielplätzen. Soziale Frauenschulen und Wollfabrikschulen für Männer wurden unterstützt. Für die produktive Arbeitslosenfürsorge wurden 182 Millionen Mark aufgewandt. Davon sind u. a. 35 000 neue Landarbeiterwohnungen gebaut worden. Durch das Land geht heute eine Welle der Erregung über die Not der **Landwirtschaft**. Die Regierung protestiert auf das entschiedenste gegen die ganz unfaßliche Behauptung vom Bankrott der gesamten Landwirtschaft. Die große Mehrzahl der landwirtschaftlichen Betriebe ist durchaus existenzfähig, und die preussische Staatsregierung tut alles Erdenkliche, um die Landwirtschaft gesund zu erhalten. Erschwert wird ihr diese Aufgabe durch den parteipolitisch interessierten Kampf des Reichslandbundes gegen die preussische Regierung, durch Aufreizung und Aufpeitschung der landlichen Bevölkerung zu einem ganz ungerechtfertigten Mißtrauen. Völlig bedenkenlos wird die preussische Regierung für Handlungen verantwortlich gemacht, die von dem Vertrauensmann des Reichslandbundes in der Reichsregierung zu verantworten sind. Die Staatsregierung wird sich

durch bestellte Demonstrationen sowie durch Gewaltakte, denen gegenüber die volle Schärfe der polizeilichen Abwehr einsetzen muß, in keiner Weise darin beirren lassen, der landwirtschaftlichen Bevölkerung Preußens nach Kräften zu helfen. Der wirklich notleidenden Bauern- und Landbevölkerung werden die Steuern gestundet oder erlassen. Das landwirtschaftliche Kreditwesen wird durch Zuführung von 130 Millionen Mark an die Preußenkasse saniert. Insgesamt wurden in den letzten drei Jahren 455 Millionen für die Förderung der Landwirtschaft aufgewendet; der alte Staat wandte im Jahre 1913 dafür 68 Millionen auf. Nur blinder Haß oder absoluter Unverstand kann danach noch von einer Landwirtschaftsfeindschaft der preussischen Regierung sprechen. Im Gebiet der Handels- und Gewerbeverwaltung haben wir die **Gewerbeaufsicht** ausgebaut und den Kampf gegen die Berufsgefahren mit allen Mitteln gefördert. So haben wir zum Beispiel die erste Versuchsrube der Welt eingerichtet. Außerordentliches geleistet wurde auch auf dem Gebiet der Berufsschulen. Der staatliche Bergwerksbesitz und die staatliche Elektrizitätswirtschaft wurden grundlegend rationalisiert. Eine zielbewusste Hafenpolitik diente der modernen Verkehrsentwicklung.

Die gesamte innere Verwaltung ist mit demokratischem und republikanischem Geist erfüllt worden. Die Schutzpolizei ist ein zuverlässiges Staatsinstrument und hat jede Störung von Ruhe und Ordnung im Keime erstickt. Von den Hochschullehrern des Staatsrechts müssen wir verlangen, daß sie die künftigen Beamten der Republik mit aufrichtiger republikanischer Staatsgesinnung erfüllen. Das Schwerste liegt weit hinter uns, die Gefahr wirtschaftlicher und finanzieller Katastrophen und die Verzweiflungsausbrüche verelendeter Volksgenossen sind überwunden. Künftige preussische Regierungen werden die Hände frei haben für die produktive Aufbauarbeit. Möge aus den kommenden Wahlen ein Landtag erwählen, der einer konsequent republikanischen Staatsregierung eine große Mehrheit sichert.

In viel schärferer Form rechnete dann noch der Innenminister **Erzinski** mit den Deutschnationalen ab, aber auch der Zentrumsabgeordnete **Dr. Heß**, der, im Gegensatz zum Reichskanzler Marx, ein starkes Bekenntnis zur Republik ablegte und besonders die Deutschnationalen wegen ihres Monarchismus verhöhnte. — Im Reichstage zeigte **Weis** den Bürgerblock u. a. folgendermaßen im Spiegel:

Nicht nur das abgelaufene Etatsjahr steht im Bereich unserer Betrachtung, sondern die ganze Legislaturperiode seit den Wahlen des Jahres 1924, deren Ausfall sich in der Bildung des **Wahlbürgerblocks** des verflochtenen Jahres zu voller Reife auswirken konnte, nachdem die deutsch-nationale Reaktion sich mit den ihr geistesverwandten Kräften der Deutschen Volkspartei und des Zentrums zusammengefunden hatte.

Wir denken auch an das Jahr 1925, das Todesjahr des ersten Reichspräsidenten, **Fris Ebert**, der unter der giftigen Wirkung des ihm von der Reaktion angelegten **Kesselhendes** der Verleumdung sein Leben lassen mußte. Die Millionen von Plakaten mit dem Bild des „**Reiters**“ tauchen auf. Der Jubelruf der Reichspresse: „**Hindenburg kommt!**“ Jetzt wird alles wieder gut!“ Klingt wieder in unser Ohr. Dem Siegesrausch ist die Ernüchterung gefolgt. Graue Aschermittwochstimmung bedrückt jetzt all die Propheten von damals. Seufzend bekennen sie innerlich: „Was sind Hoffnungen, was sind Entwürfe?“ Wie nahmen sie doch einst den Mund so voll: „Die großen Fragen wirtschaftlicher Natur sind mit einer sozialistisch-bürgerlichen Koalition nicht zu lösen“, schrieb Herr **Stresemann** im Dezember 1924. Er ist vor einer solchen Koalition bewahrt geblieben. Aber haben die bürgerlichen Koalitionen der letzten Legislaturperiode diese großen wirtschaftlichen Fragen gelöst? Ein Blick in die Gegenwart gibt die Antwort. Sie lautet: **Nein!** „Das Ziel der Befreiung rückt in unerreichbare Ferne, wenn der **Radikalismus** und **Sozialismus** zur Herrschaft kommen.“ rief die Volkspartei in ihrem Wahrspruch emphatisch aus. Ich frage Sie: Haben Sie in der Bundesgenossenschaft mit den Deutschnationalen das Ziel der Befreiung erreicht? Herr **Stresemann** kann Ihnen die Antwort geben. Die Welt kennt sie im voraus. Sie lautet: **Nein!** „Es bleibt das erste und hauptsächlichste Ziel: Die volle Beschäftigung, die ausreichende Versorgung des ganzen Volkes sicherzustellen, seine Kaufkraft, seine Lebenshaltung zu regeln.“ Wer erklärte das im Januar 1925? Graf **Westarp** von dieser Tribüne. Ich frage Sie: Was haben Sie zur Erreichung dieses Zieles getan? **Nichts! Nichts!** Sie haben durch Ihre **Politik** Kaufkraft und Lebenshaltung der breiten Massen dauernd herabgedrückt. Daß das Volk nicht in noch tieferes Elend verfallen, ist dem Kampfe der Sozialdemokratie im Bunde mit den **Gewerkschaften** gegen das vollstehende Wirren der großkapitalistischen Reaktion zu danken. Auf dem Gebiete der Wirtschafts- und Finanzpolitik statt der versprochenen Preissteigerung unangesehnt steigende Forderung. Keine Senkung der Lebensmittelpreise, sondern eine Erhöhung des Mehl-, Brot-, Fleisch- und Butterpreises, zum Wohle des Großgrundbesitzes. Das feierlich gegebene Versprechen der Lohnsenkung ist trotz steigender Einnahmen nicht eingehalten worden. Der Steuerdruck auf den Schuttern des werktätigen Volkes ist immer schwerer geworden. Trotz vier deutschnationalen Ministern, trotz mannsfähiger Erhöhung der Agrarzölle, trotz vierjähriger **deutschnationaler** Politik haben sie der großen Masse der Kleinbauern keine Hilfe gebracht. Die Bauerndemonstrationen im Lande sind nur ein Beweis für das Verlagen der Deutschnationalen. Es ist ihr Glück allein, daß die Bauern die Geschichte ihres eigenen Standes in Deutschland nicht kennen. Deshalb darbt und radert sich der verbitterte Kleinbauer für hohe Steuern an dem Großgrundbesitz zuhanden. Seine Hoffnungen auf die **Landbündgenossenschaften** haben infolge der **standalösen** Betriebs-

Führung getragen. Von ihm fordert man die Kasssummen für die eingegangenen Verpflichtungen ein. Demagogisch aber ruft man den Kleinbauern zu: Die Republik ist Schuld an eurem Elend!

Jede Lohnherhöhung der Arbeiterschaft wurde von der unaufhaltsamen Forderung aller Lebensmittel aufgefressen und wie zum Hohn auf den Hunger des Volkes wagte man es noch, die Menge des zollfrei eingeführten Gefrierfleischs herabzusetzen. Die Anträge der Sozialdemokratie, den betrogenen Sparern und Gläubigern wenigstens in den schlimmsten Fällen Schutz vor ihren großkapitalistischen Schuldner zu gewähren, hat der Bürgerblock unter der Führung der Deutschnationalen niedergestimmt. Die ganze Bilanz des Bürgerblocks ist eine vernichtende Anklage gegen die Ausbeutung des werktätigen Volkes durch das Kapital mit Hilfe der Staatsmacht. Dem Großbesitz bringt sie 2½ Milliarden an Steuererleichterungen, der Schwerindustrie sichert sie den Besitz der zubielt gezahlten Ruhrmillionen. Den Großpensionären bringt sie trotz hoher Nebenbezüge keine Kürzung ihrer gewaltigen Renten. Den Fürsten und Standesherrn schaffte der Bürgerblock freie Bahn für die weitere Ausbeutung des Volksvermögens. Vollerhöhungen und Erhöhung der Preise für Großagrarier und Industriele neben der endgültigen Befreiung von ihrer finanziellen Verpflichtung gegenüber den Sparern und Gläubigern für die großkapitalistischen Schuldner runden das Bild der Tätigkeit dieser Koalition wirkungsvoll ab. Ablehnung der Kinderpeinigung auf der einen und Bewilligung von Millionen für militärische Spielereien auf der anderen Seite setzen dem Ganzen die Krone auf. Wels ging dann auf die verfehlte Außenpolitik des Bürgerblocks ein und schloß: Den Herren vom Zentrum möchte ich besonders sagen: Trotz aller gegenteiligen Bemühungen der Zentrumsführer und des hohen katholischen Klerus wächst das Klassenbewußtsein, das zur Klassenolidarität führt, auch in der christlichen Arbeiterschaft. Aus der katholischen Jugendbewegung werden gegen den Kapitalismus Stimmen laut, die sozialrevolutionären Charakter tragen. Vereinzelt bejahen selbst katholische Priester den Klassenkampf als eine sittliche Pflicht, der von den riesenhaften mammonistischen Kräften niedergehaltenen Massen. Von diesen Kreisen wird anerkannt, daß der Sozialismus als Wirtschaftsform und als ethischer Grundsatz mit dem Christentum nicht nur vereinbar ist, sondern geradezu eine Notwendigkeit der christlichen Lehren gegen den Mammonismus wird.

Für das wertvolle, das schaffende deutsche Volk werden wir den bevorstehenden Wahlkampf führen als großdeutsche Republikaner! Darüber hinaus aber ist uns der Wahlkampf eine Etappe im Ringen für unser höheres Ziel, den Sieg des Sozialismus über den Kapitalismus, über eine Gesellschaftsordnung, die darauf beruht, daß immer tausend arm sein müssen, damit einer im Wohlleben schweigen kann. Was uns die Gewißheit des Sieges verleiht, ist nicht nur das Bild des jämmerlichen Verzagens, das unsere Gegner bieten, das ist vor allem unser unerschütterlicher Glauben an der Vormacht der sozialistischen Idee.

Der Reichstag konnte nicht auseinandergehen, ohne daß die Kommunisten ihren üblichen Klamauk vollführten. Sie erstreben eine Amnestie für ihre Anhänger, die politisch mit den Strafgesetzen in Konflikt gekommen sind. Dafür treten auch die Sozialdemokraten ein, besonders deshalb, weil bei der Praxis der deutschen Gerichte rechtsradikale politische Verbrecher entweder überhaupt nicht bestraft wurden oder mit lächerlich geringfügigen Strafen davonkamen, die ihnen nach kurzer Zeit gewöhnlich auf dem Gnadenwege erlassen wurden. Hingegen wurden gegen Leute, die politisch links stehen, wir erinnern an Fechenbach, Toller, Mühsam, eine große Anzahl Kommunisten, Reichsbannermitglieder usw., die schlimmsten Justizskandale verübt. Noch immer schweben gegen kommunistische Reichstagsabgeordnete Verfahren wegen politischer Delikte aus dem Jahre 1923, die längst hätten niedergeschlagen werden können, weil sie gewissermaßen verjährt sind, und weil man die Kapp-Dutschisten auch schon längst begnadigt hat, soweit überhaupt eine Verurteilung erfolgte. Die bürgerliche Mitte wollte aber keine Amnestie für Verbrecher mit Todeserfolg. Während die deutschnationale und völkische Rechte nur für eine Amnestie zu haben war, wenn die paar Ausnahmefälle, in denen rechtsradikale Verbrecher verurteilt worden sind, mit einbegriffen wurden. Wir erinnern nur an die Verbrecher der „Herren“ Schmelzer, Schulz, Klapproth und Genossen, die blindlings in ein Reichsbannerauto schossen oder in der verächtlichsten Weise ihnen politisch unbecommene Leute ums Leben gebracht haben. Für diese deutschnationale Forderung konnten die Sozialdemokraten natürlich nicht eintreten, während die Kommunisten plötzlich auch ihr warmes Herz für dieses Gesindel entdeckten. So kam es im Reichstag zu erregten Szenen, als der Abg. Landsberg den sozialdemokratischen Standpunkt darlegen wollte. Die Kommunisten beschimpften Landsberg in der gemeinsten Weise und entsandten schließlich eine Prügelei, wobei sie sich sogar eines Spucknapfes als Wurfgeschloß bedienten, der die Stenographen traf. Die „Rote Fahne“ dreht, wie man das von ihr gewöhnt ist, wieder den Spiegel um, behauptet, die Sozialdemokraten seien die Angreifer gewesen, und wird dabei unglaublicherweise noch Beschützer der Verbrecher aus der Hakenkreuz- und Stahlhelmsunft, indem sie von sogenannten Fremdmördern redet. — Solche Rippeiszenen untergraben den Par-

lamentarismus, auf dessen Gesundsein jedes anständige Volk stolz ist. Sie leiten nur Wasser auf die reaktionären Mühlen, unterstützen also die deutschnational-völkisch-volksparteiliche Herrschaft. Darum dürfen sich solche Radausweisen nicht wiederholen und darum sollten die Arbeiter nicht nur die reaktionären Stimmzettel ablehnen, sondern sich auch zehnmal überlegen, ob sie ihre Stimmen noch den Kommunisten geben können. Sind die Arbeiter im großen und ganzen gewerkschaftlich mit den Kommunisten fertig geworden, müssen sie es politisch auch werden.

Reichs- und Staatsarbeiter

Stand der Lohnverhandlungen für die Reichs-, Wasserbau- und preußischen Staatsarbeiter. Bei den Lohnverhandlungen für die Reichsarbeiter am Mittwoch, den 28. März, im Reichsfinanzministerium ist es noch in keiner Hinsicht zu einem abschließenden Ergebnis gekommen. Die Verhandlungen drehten sich im allgemeinen um rein theoretische Erörterungen und die Begründung unserer Forderungen, wobei sich dann im Laufe der Verhandlungen herausstellte, daß die Regierungsvertreter unter sich noch in keinem Punkte einig waren. Unter diesen Verhältnissen war es auch für uns das Gegebene, die Verhandlungen zu vertagen, was dann auch auf Grund gegenseitiger Vereinbarungen geschehen ist. Der nächste Termin ist auf Mittwoch, den 11. April, festgelegt. Tags darauf haben wir uns auch im Reichsverkehrsministerium für die Wasserbauarbeiter auf einen Termin geeinigt. Dort sollen die Verhandlungen am 16. und 17. April aufgenommen werden. Für die preußischen Staatsarbeiter ist ein Termin noch nicht vereinbart; wir werden aber diese Verhandlungen, wenn möglich, nicht vor den Reichsarbeiterverhandlungen führen, damit wir ein klares Bild erhalten. Es darf der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß die Verhandlungen zu dem angeetzten Termin ohne weitere Schwierigkeiten zu einem günstigen Resultat führen werden.

Thüringen. Die Wirtschaftsbezirksleitung unseres Verbandes hat wiederholt beim Thüringischen Finanzministerium um Lohnverhandlungen für die gesamten Staatsarbeiter einschließlich des Personals der staatlichen Krankenanstalten und der Landestheater nachgelehrt. Das Finanzministerium erklärte aber, erst die Lohnverhandlungen der Reichsarbeiter abzuwarten. Das Finanzministerium weiß aber, daß ein solcher Vorgang für uns untragbar ist, denn seit Jahren waren wir immer bestrebt, die Löhne der thüringischen Staatsarbeiter unabhängig von den Löhnen der Reichsarbeiter zu regeln. Dies beweist ja mit aller Deutlichkeit die Lohnbewegung im April 1927. Es muß deshalb dem Thüringischen Finanzministerium dringend ans Herz gelegt werden, sich endlich einmal von solchen Methoden freizumachen und auch davon freizumachen, daß alle Schiedsprüche, die der Schlichtungsausschuß in Weimar gefällt hat, abgelehnt werden, und daß dann jedesmal der Schlichter für Thüringen eingreifen muß. In Thüringen muß eine selbständige, den Interessen der Staatsarbeiter besser entsprechende Lohnpolitik als bisher betrieben werden, oder ist immer noch das Bestreben vorhanden, die Löhne der Staatsarbeiter recht tief unter die Industrie zu stellen, um den Vorwürfen der Industriellen aus dem Wege zu gehen, damit ja nicht gegebenenfalls die Löhne der Staatsarbeiter gleichgestellt sind, bzw. über die Industrie hinausgehen?

Landstraßenwärter

Hildesheim. In der Versammlung der Landstraßenwärter der Kreise Hildesheim und Marienburg am 25. März referierte Kollege Meißner über die Entwicklung des Tarifgedankens. Er gab Erläuterungen über die Auslegung der einzelnen Paragraphen zum Bezirksarbeitsvertrag für Chauffee- und Landstraßenwärter. Die Ausführungen fanden allseitige Zustimmung. Dann wurden die Vorschläge zu den Betriebsräten gemacht. Mit Ausnahme eines Kollegen, der wegen Alters nicht mehr kandidieren wollte, wurden die bisherigen Betriebsratsmitglieder wieder vorgeschlagen. Es wurde gesagt, daß die Betriebsräte mehr als bisher aus sich herausgehen müssen, um allen unrichtigen Auslegungen des Tarifvertrages energisch entgegenzutreten zu können. Don dem anwesenden Wegemeister wurde darauf hingewiesen, daß die bisherige Entlohnungsform der Wärter so kompliziert geworden wäre, daß zur Bewältigung aller dieser Berechnungsarten ein großer Verwaltungsapparat nötig wäre. Er meinte, daß es viel zweckmäßiger und besser wäre, wenn Nebenbezüge beseitigt würden, ebenfalls die Akkordarbeit, und dafür ein den Bedürfnissen entsprechender Tagelohn und Sozialzulagen festgelegt würde. Daburch würde sich auch der Verwaltungsapparat verbilligen. Die Ausführungen fanden einstimmige Billigung der Versammlung. Nach einem Appell an die Versammelten, in der jetzigen Zeit mit aller Fähigkeit an dem Verband festzuhalten, wurde die stark besuchte Versammlung geschlossen.

Gronau. In der gut besuchten Versammlung der Landstraßenwörter des Kreises Gronau am 18. März erstattete Kollege Meißner Bericht über den bisherigen Verlauf der Tarifverhandlungen. Namentlich erläuterte er den neuen Bezirksarbeitsvertrag, soweit wie hier oder da irriige Auffassungen in der Auslegung der einzelnen Paragraphen waren. Die Ausführungen wurden beifällig aufgenommen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß jetzt vom Landesbauamt versucht würde, die achtstündige Arbeitszeit durch längere Pausen künstlich zu verlängern. Vor allem sträuben sich die Kollegen gegen die Einlegung einer Desserpause. Der Betriebsrat wurde beauftragt, beim Landesbauamt vorstellig zu werden, da die einseitig erlassene Verfügung als zu Recht bestehend nicht anerkannt wird. — Dann wurde die Betriebsratswahl vorgenommen. Kollege Meißner erläuterte die Rechte und Pflichten der Betriebsräte. Vor allen Dingen machte er darauf aufmerksam, daß die Betriebsräte die Durchführung des Tarifvertrages zu überwachen haben. Der Kollege Borchers forderte zum Schluß die Kollegen auf, dafür zu sorgen, daß in allen Fragen Einigkeit unter den Kollegen herbeigeführt werden müsse, damit in Zukunft nicht, wie es bisher der Fall ist, von oben herunter diktiert wird, sondern der geschlossene Wille der Kollegenschaft durchgeführt wird. Darauf wurde die Versammlung geschlossen.

Aus unserer Bewegung

Duisburg. In der gutbesuchten Mitgliederversammlung vom 23. März 1928 hielt Lehrer Weisich einen Lichtbildervortrag über „Krieg dem Kriege“. — Unter „Geschäftliches“ wurde beschlossen, daß der 1. Mai in der üblichen Weise wie in den vergangenen Jahren durch Arbeitsruhe zu begehen ist. Nähere Mitteilungen über die Veranstaltung des Ortsausschusses werden den Funktionären durch Rundschreiben zugehen. Der Anschauungsunterricht durch Lichtbildervorträge soll mit diesem Monat seinen Abschluß finden und im September 1928 wieder neu in Angriff genommen werden. Kollege Rodenstock berichtet dann über die Lohn- und Tarifangelegenheiten, auch über die Maßnahmen der Vorbereitung zur Lohnbewegung. Folgende Entschliebung gelangte zur Annahme:

„Die am 23. März 1928 im Gewerkschaftshaus tagende Mitgliederversammlung nimmt Stellung zu der Kündigung des Lohn- und Arbeitszeitabkommens. Die Versammelten verlangen von den Gewerkschaften, daß das Arbeitszeitabkommen sowie die Lohnsätze zu kündigen seien. Mit allem Nachdruck muß der Achtstundentag bzw. die 48-Stunden-Woche für alle Arbeitnehmer des Tarifgebiets auch für die Wechselschichten durchgeführt werden. Als Ausgleich für die Wechselschichten wird eine Sprungschicht eingeführt. — Eine Steigerung des Reallohnes hat seit 1925 nicht mehr stattgefunden. Entsprechend zu der verkürzten Arbeitszeit sowie der eingetretenen Verteuerung der Lebens- und Unterhaltungskosten verlangt die Versammlung von den Gewerkschaften der Lohnkommission bei den Arbeitgeberverbänden eine Forderung von 20 Pf. pro Stunde in allen Lohngruppen zu unterbreiten. Die Versammelten verpflichten sich, in den Betrieben dafür zu sorgen, daß alle Fernstehenden dem Verbands- und Gemeinde- und Staatsarbeiter zugeführt werden.“

Hannover. Im Riesensaal unseres Volksheimes hatten sich mehr als 1500 Kollegen nebst Frauen und Angehörigen versammelt, um an der Feier der Fahnenweihe teilzunehmen. Die benachbarten Filialen hatten gleichfalls Delegationen entsandt und damit zum Ausdruck gebracht, daß alle unsere Kollegen ein festes Band der Einigkeit umschlingt. Ein nach auserlesenem Geschmack zusammengestelltes künstlerisches Programm, ausgeführt von nur erstklassigen Kräften, bot den Anwesenden einige Stunden höchsten Kunstgenusses. Die Festrede hatte der Verbandsvorsitzende, Kollege Fritsch Müntner, übernommen. In kurzen, markanten Zügen legte er die Entwicklung der modernen Gewerkschaftsbewegung im allgemeinen und die der Filiale Hannover im besonderen dar. Mit größter Aufmerksamkeit folgten die Anwesenden der Rede unseres Verbandsvorsitzenden, die ausklang in ein Treugelöbnis zum Verbands- und zur Ehrung unseres neuen Banners. Das Banner wird unter den Gewerkschaftsfahnen Hannovers infolge seiner künstlerischen Ausführung einen Ehrenplatz einnehmen. Vor allen Dingen wird der Sinnpruch unseres Banners: „Wir halten immer Hand in Hand in Einigkeit treu zum Verband!“ stets das Leitmotiv unserer Mitgliedschaft und unserer Arbeit im Verbands sein.

Stettin. Die Mitgliederversammlung am 29. März nahm u. a. Stellung zur Lohnfrage. Nach einem einleitenden Bericht des Geschäftsführers, in der die Hartnäckigkeit der maßgebenden Stellen gegen jede Lohnerhöhung gebührend beleuchtet wurde, setzte eine scharfe Diskussion ein. Angenommen wurde folgende Resolution:

Die am 29. März zahlreich versammelten Arbeiter der städtischen, Reichs- und Staatsbetriebe Stettins nahmen Stellung zur Lohnfrage. Uebereinstimmend wurde zum Ausdruck gebracht, daß die derzeitigen Lohnverhältnisse nicht mehr länger tragbar sind. Die Versammlung verlangt deshalb vom Verbandsvorstand, alles daran zu setzen, daß sofort weiter verhandelt wird, damit diesem unhaltbaren Zustande in kürzester Frist Abhilfe geschaffen wird und Löhne erkämpft werden, die ausreichen,

um wenigstens die Weiterexistenz der Arbeiterchaft in bescheidenem Umfange sicherzustellen. Dieses Bestreben der Spitzenleitung geloben die Versammelten tatkräftig zu unterstützen. Sie fordern darüber hinaus alle in Gemeinde-, Reichs- und Staatsbetrieben Beschäftigten auf, sich geschlossen hinter die Spitzenleitung zu stellen und ihrer berechtigten Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen. Die Leitung der Versammlung wird beauftragt, diese Resolution an die zuständige Stelle weiter zu leiten.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter. Mit dem 1. April 1928 tritt die Vereinigung der Verbände der Nahrungs- und Genussmittelarbeiter, der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, der Fleischer und der Böttcher in Kraft. Damit stellen auch die „Verbands-Zeitung“, die „Deutsche Böttcher-Zeitung“ und „Der Fleischer“ ihr Erscheinen ein. Als Organ des neuen Verbandes dient die „Einigkeit“, das Blatt des bisherigen deutschen Nahrungs- und Genussmittelarbeiterverbandes, das seinen Erscheinungsort von Hamburg nach Berlin verlegt. Dort nimmt auch der neue Verband seinen Sitz im Verbandshaus des bisherigen Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter, NW 40, Reichstagsufer 3. Der bisherige Verband der Fleischer bildet in der neuen Organisation eine „Reichssektion der Fleischer“.

Rundschau

Dem Ostermorgen der Menschheit. In der ganzen Geschichte seines Werdens hat der Mensch bisher individuell gedacht, alles von sich aus betrachtet, den Einzelnen über das Ganze gestellt, und so sah er auch zeitlich nur klein, betrachtete er das Leben zeitlich mit dem Maßstabe seines eigenen kurzen Erdenseins. Das Entstehen des organisatorischen Gedankens hat in diesen Jahrzehnten auch den Blick für Zeit geweitet, hat uns hinaus schauen lassen über das Kleine und Kurze in das Große, in die Epoche, und wir betrachten mit einem universalen historischen Blicke die Welt.

Karfreitag. Gewiß, auch ein einzelner hatte ihn, hat ihn noch heute. Leider nur zu oft. Nur zu oft haben wir Tage der Trauer, der Arbeitslosigkeit, der Krankheit, des Unfalls, des Todes. Nur zu oft sind wir verzweifelt, sehen wir nichts als Dunkelheit gebreitet um uns; kein Strahl eines Lichts, kein Funke einer Hoffnung leuchtet. Und dennoch überwinden wir immer wieder den Tag und feiern ein Auferstehen aus der Verzweiflung, und wie die Menschen Karfreitag und Ostern feiern, Jahr für Jahr, so wiederholen sich auch im alltäglichen Leben des Einzelnen immer wieder Schwere und Freude, Beklemmung und Atmen, Nacht und Licht.

Doch wenn wir über dieses Geschehen im Kleinen hinaus den Blick erheben und historisch schauen, in Epochen betrachten, was sehen wir dann? Karfreitag, einen langen Karfreitag der Welt. Ein ewiges Leiden der Masse, ein ewiges Opfer des Volkes. Sein Kreuz trug das tätige, wirkende, schaffende Volk. Immer. Wochte ein einzelner auch frohe Tage erleben, mochte manchem Einzelnen vielleicht stets nur ein gütiges Schicksal begegnet sein: seit Volk ist, trägt Volk in seiner Gesamtheit sein Kreuz — für andere. Doch nun geht dieser Karfreitag der Menschheit seinem Ende zu. Fühlt ihr es nicht, wie es anders wird? Ostern ist im Werden!

Gewiß, der Einzelne, er leidet auch heute noch, nur zu sehr. Doch schaut das Leben auch hier im ganzen an! Seht einmal über die einzelne Not hinaus das Wesen dieser geschichtlichen Stunde: Das Volk ist erwacht. Was früher nur klein war, ist groß geworden. Worüber die Geschichte früher hinwegging, da steht sie jetzt still. Da kann sie jetzt nicht mehr hinweg, ohne zu schreiten mit der Masse.

Und warum? Weil diese Masse Macht hat, Gewalt und Kraft. Weil sie organisiert ist. Weil sie verbunden ist in Kampfverbänden und weil alle Kampfverbände wiederum verbunden zu einem gewaltigen gewerkschaftlichen Bunde sind. Und weil alle gewerkschaftlichen Bünde der Welt wieder vereint sind zu einer internationalen Kämpfermasse aller Schaffenden des Erdenballs.

Tausende waren es noch vor Jahrzehnten. Hunderttausende wurden es bald. Und dann Millionen, allein in Deutschland. Und Millionen in der Welt. Der Tag schreitet. Die Geschichte geht ihren Weg. Den Weg, den die Masse bestimmt. Da, in diesem Schreiten der Masse, liegt unser Osterglaube. Trotz aller einzelnen Not steigt der Gedanke auf: Arbeit sei frei! Menschheit sei glücklich!

Habt teil an diesem großen Erwachen, Brüder! Wir sind die Kraft. — Fühlt ihr nicht, wie es graut, ihr Schwestern, wie da aus euch, der Masse, die Osterjonne der Freiheit wird?

Seid stark am Verbands! Werbet für ihn! Denn in ihm schreitet die Geschichte vorwärts zur großen Auferstehung aller dessen, was Mensch ist. Dr. Gustav Hoffmann.

Briefkasten

Zur gefl. Beachtung! Infolge der Ausgestaltung der heutigen „Gewerkschaft“ als Osternummer kann Nr. 4 von „Technik und Wirtschaft“ erst Nr. 15 der „Gewerkschaft“ beigelegt werden.

Eingegangene Schriften und Bücher

Arbeitsrechtliche Gesetze und Verordnungen des Reichs nach dem Stand vom 1. Januar 1928, zusammengestellt von Dr. J. Feig, Ministerialrat im Reichsarbeitsministerium, und Dr. F. Stähler, Ministerialdirektor im Reichsarbeitsministerium. Dritte Auflage (Zehnter Band der Sammlung: Feig-Stähler, „Das neue Arbeitsrecht“) 1928. Gebunden 9 Mk. Verlag von Franz Dahlen in Berlin W 9.

Als wir in der „Gewerkschaft“ Nr. 29/1927 die 2. Auflage dieses Buches ankündigten, konnten wir unser Urteil darüber folgendermaßen zusammenfassen:

Das ist ein wertvolles Buch für jeden Gewerkschaftsfunktionär, für die Betriebsräte, überhaupt für jeden, der sich mit dem Arbeitsrecht beschäftigt; denn hier sind alle Verordnungen, Gesetze, Gesetzesabschnitte, ja selbst die in Frage kommenden Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages, des Anspruchs des Reichs der Volksbeauftragten vom 12. November 1918 usw. zusammengetragen und sinnreich zusammengestellt. Jede Gewerkschaftsbibliothek sollte sich dieses Buch anschaffen.

Die neue (3.) Auflage ist noch wertvoller als die zweite, denn sie enthält auch alle inzwischen neu erlassenen Gesetze und Verordnungen auf arbeitsrechtlichem Gebiet. Neu aufgenommen sind u. a. die Bestimmungen über die Lohnskalfikation. Das Gesetz zur Änderung der Lohnsteuer, die Verordnungen und Ausführungsbestimmungen über die Arbeitszeit, die wichtigsten Bestimmungen über die Sonntagruhe und den gewerblichen Arbeitsschutz. Auch die Ausführungsbestimmungen zur Fädiereverordnung sind berücksichtigt. In den Abschnitten Frauen- und Jugendschutz und Kinderschutz ist das Gesetz über die Beschäftigung vor und nach der Menstruation und die Verordnung über die Beschäftigung in Werkstätten mit Motorbetrieb neu aufgenommen. Zum Verständnis des Arbeitsgerichtsgesetzes sind die notwendigen Bestimmungen der Zivilprozessordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes zum Teil ebenfalls abgedruckt. Wichtige, noch in keiner gleichartigen Sammlung veröffentlichte Rundschreiben und Bescheide des Reichsarbeitsministeriums, Verzeichnisse der Arbeits- und Landesarbeitsgerichte, der Schlichterbezirke, der Schlichtungsanstalten und Hochschulen für Hausarbeit, der Gewerbeaufsichtsamter, ein nach der Zeitfolge geordnetes Inhaltsverzeichnis und ein weit über 1000 Stichwörter umfassendes Sachverzeichnis. Es dürfte das Buch wohl die beste Zusammenstellung aller arbeitsrechtlichen Gesetze und Verordnungen des Reiches sein. Jede Gewerkschaftsbibliothek, jeder Gewerkschaftsfunktionär und jeder Arbeitsrichter und Arbeitsgerichtsbesitzer sollten im Besitz dieses Buches sein. G. H.

„Rad und Raum“, Soziologische Betrachtung über das Transportwesen von Eduard Weherte. Urantia-Verlags-Gesellschaft m. b. H., Jena. Broschüre 1,50 Mk., in Ganzleinen 2 Mk., Vorzugsausgabe 2,75 Mk.

Der Kampf der Menschen um ihre Unabhängigkeit von den strengen Gesetzen und Gestaltungen der Natur ist in erster Linie ein Kampf mit dem Raum. Erst durch die Überwindung des Raums, erst wenn Entfernungen dem Menschen sich nicht mehr als unüberwindbare Hindernisse entgegenstellen, ist die Voraussetzung zu kulturellem Aufstieg gegeben. Dem 19. und 20. Jahrhundert war es vorbehalten, die größten Triumphe über den Raum zu erringen. Das Gezeckel ist verdrängt durch das Dampf- und Motorzeckel, die Postkutsche durch die Lokomotive, der pferdebespannte Postwagen durch das Auto. Alle alten Transportmittel sind mechanisiert und neue hinzugefügt worden. Nirgends liegen die technischen Fortschritte greifbarer zutage, nirgends zeigen sie sich so sinnfällig wie auf dem Gebiete des Transportes. Viel ist darüber auch schon geschrieben worden, aber all die zahlreichen Bücher haben fast sämtlich und besonders den Nachteil, daß sie nur die technischen Änderungen beschreiben, dagegen die Entstehungsfaktoren und soziologischen Auswirkungen des modernen Transportapparates geistlich übergehen. In der vorliegenden Schrift sind bewußt und absichtlich andere Wege beschritten worden. Der Verfasser untersucht die Triebkräfte der transporttechnischen Entwicklung und geht auch den Wandlungen nach, die der veränderte Transportapparat auf Menschen und Völker und ihre Beziehungen untereinander hervorruft. Am Schluß seiner Betrachtung fordert der Verfasser die Sozialisierung der Transportbetriebe, da nur auf diese Weise der Sieg über den Raum in einen wirklichen Sieg der Menschheit über die Natur umgestaltet werden kann.

Deutsches Anekdotenbuch. Eine Sammlung von Kurzgeschichten aus vier Jahrhunderten. Herausgegeben vom Kunstwart durch Hermann Rinn und Paul Alserdes. Verlag Georg D. W. Callwey-München. 320 Seiten, gebunden 6 Mk., geheftet 4,50 Mk.

Es ist ein eigenartliches Ding. Während im Zeitungsfeuilleton die Kurzgeschichte eine geradezu dominierende Rolle spielt, war für Bücher mit Kurzgeschichten anscheinend der Leserkreis nicht vorhanden. Nun hat der Verlag Callwey neben seinen bisherigen verdienstlichen Sammlungen, im „Deutsches Anekdotenbuch“, im „Anekdotenbuch“, im „Fröhlichen Buch“ auch eine Sammlung von Kurzgeschichten herausgebracht, die in der Dampfküche so im 16. Jahrhundert herauskamen oder doch ihr Groß-

material aus der Zeit des sonst nicht allzu erfreulichen Mittelalters genommen worden ist. Es ist daher erklärlich, daß viele dieser Kurzgeschichten einen Charakter haben, der manchem Teil der Leser eigenartig anmutet und insofern der Dürchheit und auch der Eigenartigkeit des Großes. Aber das Buch will ja auch nicht in einem Zuge gelesen sein, sondern es soll mehr in einer Erholungsstunde Anlaß geben, sich einmal in frühere Zeiten hineinzuversetzen. Und dazu sind diese Kurzgeschichten ohne Zweifel besonders geeignet. Gewiß wird der moderne Arbeiter sehr viel darin finden, das ihm mit seinen Moralanweisungen, seinen Grundsätzen und seiner Weltanschauung unvereinbar erscheint. Insbesondere war die Rolle der Frau in dieser Zeit so unangenehm abhängig, daß oftmals die schlimmsten Strafen bei kleinsten Vergehen über sie verhängt wurden. Doch aber eine kluge Frau sich auch in damaliger Zeit schon zu helfen wußte, beweist folgende Besprechung aus dem Buchlein: „Das Geständnis“. Einer Frau, die in der Oberkategorie gewesen war, hatte der Pfarrer auferlegt, ihrem Manne zu gestehen, daß der Junge, den er aufziehe, nicht sein eigener sei; anders könne er sie nicht losprechen. Als sie nun heimkam und das Büchlein flüchtig weinend antat, sprach sie zu ihrem Manne: „Lieber Hans, ich bitte dich, geh doch einmal vor die Tür hinaus und hänge dir deinen alten Pelz über den Kopf; kommt du danach wieder herein, so wird das Kind erjähren und stille sein.“ Der gute Herr tat, wie ihm geheißen, ging hinaus und tappete als ein Bettelbär wieder zur Tür hinein. „Hebe dich weg“, sagte die Frau zu ihm und bedrohte ihn mit dem Muslöffel, „gleich hebe dich weg, du Bursch! Das Büchlein ist ja schon still! Es ist ja gar nicht dein Kindlein, du böser Bursch.“ Nachdem sie also gestanden, was gestanden werden mußte, ging sie wieder zur Beichte und ließ sich losprechen.

„Die Gemeinde“. In Heft Nr. 7/1928 schreibt Bürgermeister Groß über städtische Hilfsklassen. Landrat Trimborn über „Großstadt — Großgemeinde — Großlandkreis“. Ueber privatkapitalistische oder gemeinwirtschaftliche Bodenpolitik schreibt H. Salzmann, über Kanalbaukostenbeitrag Stadtverordneter Dürrfeld. Karl Fahne-Oberswalde zeigt in seinem Artikel die Pläne des MCB in den brandenburgischen Städten, ein Beitrag zum Problem der Ferngasversorgung. In der Spalte „für Land- und Kleingemeinden“ finden sich interessante Ausführungen vom Lehrer Spigner zu der Frage der Sozialpolitik in den ländlichen Fortbildungsschulen. „Die Landgemeinden“ bringt für die Vertreter in den kleinen Gemeinden die wichtigsten Bestimmungen, Verordnungen, Berichte und Aufsätze. In der „Romanenalem und Landbau“ ist eine Fülle wichtiger Materials veröffentlicht, in den Spalten Finanzen und Steuern, Wohnungs- und Siedlungswesen, Gesundheitspflege, Volksbildung, Fernerziehung. Aus den Gemeinden, Reichspräsident, Notizen, Wahlen und Offene Stellen. — Die „Gemeinde“ erscheint 14tägig beim Verlag J. B. W. Dieckmann, Berlin SW 68, Lindenstr. 8, und kostet monatlich 0,90 Mk. Bestellung durch die Post oder direkt durch den Verlag.

Kultur und Arbeiterbewegung. Trotz des großen Interesses, das neuerdings den Kulturfragen entgegengebracht wird, gibt es keine klare Definition der Kulturbegriffe und der mit ihnen zusammenhängenden Fragen der Kulturarbeit. Einen dankenswerten Versuch zur Klärung dieser Fragen unternimmt Prof. Alfred Kleinberg in seinem Artikel „Kultur und Arbeiterbewegung“ in dem Januarheft der „Arbeiterbildung“ (der ständigen Beilage der „Büchervorteil“). Ausgehend von einer konzentrierten geschichtlichen Betrachtung, formuliert er den Begriff der Kultur unter soziologischem Gesichtspunkt und stellt die Aufgaben fest, die die Arbeiterklasse in der gegenwärtigen Geschichtsperiode zu vollbringen hat, um auf dem Boden der bestehenden Kultur eine neue höhere Kultur zu entwickeln. Im selben Heft der „Arbeiterbildung“ umreißt Karl Kautsky in einem längeren Aufsatz die Grundgedanken seines neuen Fundamentalarbets „Die materialistische Geschichtsauffassung“. Unter selbstverständlichem Verzicht auf jede Wertung seines Wertes gibt er eine fesselnde Einführung in die Lektüre dieser Schrift, die beruht auf der sozialistischen Weltanschauung eine einseitige, in sich geschlossene Grundlage zu liefern. Allen in den Gemeinden tätigen Genossen, aber darüber hinaus auch allen aktiven Politikern wird eine umfangreiche Redaktionsposition willkommen sein, die Artur Caterius unter dem Titel „Die Gemeinde als Zelle des Sozialismus“ in der „Arbeiterbildung“ veröffentlicht. Unter Aufknüpfung an die jüngsten politischen Vorgänge werden hier die Grundzüge sozialistischer Gemeindepolitik klar herausgearbeitet. — In der „Büchervorteil“ selbst fesselt vor allem eine Abhandlung von Benedikt Kautsky über „Wirtschaftspolitik“, die eine Einführung in das Studium der wichtigsten wirtschaftspolitischen Fragen darstellt. Zahlreiche Besprechungen aus dem Gebiete der Arbeiterbewegung, der erziehenden Literatur, der Kulturgeschichte, Naturkunde, sozialen Hygiene, Soziologie und Volkswirtschaft ergänzen den Inhalt des Heftes. — Die „Büchervorteil“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuss für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW 68, Lindenstr. 8, stellt Probenummern gern zur Verfügung.

Le Traducteur, französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt. Wer sich kein bloßes Französisch reiten oder dasselbe weiter ausstellen will, der greife nach dieser lehrlich, illustrativ und auch technisch vorzüglich ausgestatteten Zeitschrift. Probebest. kostenlos durch den Verlag des Traducteur in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

